

Die Boten aus dem Riesengebirge

Zeltung für

alle Stände.

Erscheint wöchentlich 6 mal

mit Beilage „Leben im Volk“.

Jernruf: Schriftleitung Nr. 287.

Postcheckkonto Amt Breslau 8316.

Jernruf: Geschäftsstelle Nr. 38.

Bezugspreis:

Bei Abholung von der Post viertelj. M. 3,75
für 2 Monate M. 2,50, für 1 Monat M. 1,25.
Durch die Post frei Haus viertelj. 42 Pf. mehr.
Weld. Ausgabe in Hirschberg monatl. 1,25.
Bei den auswärtig. Ausgabe mon. M. 1,30.

Nr. 74. — 107. Jahrgang.

Hirschberg,

Freitag, den 28. März 1919.

Anzeigenpreis:

Die kleine Zeile oder deren Raum für
Auftraggeber im Orts- und Nachbarort-
verkehr 25 Pfg., für darüber hinaus wohnende
Auftraggeber 30 Pfg. Anzeigen im An-
schluß an den Text die Zeile 1,00 M.

Annehmen oder ablehnen?

Der bolschewistische Schreck ist den Herrschaften in Paris ge-
hört in die Glieder gefahren. Wütend drängt man, nachdem
man sich fünf Monate Zeit genommen hat, drüben von allen Sei-
ten zur höchsten Eile. Man sieht das Gewitter heraufziehen und
möchte noch schleunigst die Ernte in die Scheuer bringen. Wir
haben umgekehrt gar kein Interesse an übereilter Beschleunigung.
Wir haben durch überstürztes Handeln in diesem Krieg und wäh-
rend des Waffenstillstandes schon so viel Schaden erlitten, daß wir
darauf bestehen müssen, und die Friedensbedingungen
vor der Entscheidung aufs Genaueste anzu-
sehen. Die deutsche Friedensdelegation setzt sich zwar aus einem
Stab tüchtiger Männer zusammen, aber wie der Friede auch
immer aussehen mag, er wird mit so furchtbarer Macht auf dem
deutschen Volk und seiner Zukunft lasten, daß eben dieses Volk,
das ihn tragen muß, verlangen darf, vor der Entscheidung
gehört zu werden. Das erste, was wir von unseren Unterhän-
dlern erwarten, ist darum: sie müssen uns die nötige Zeit zur Ver-
öffentlichung, Erläuterung und Begutachtung der Bedingungen er-
kämpfen. Stellt die Entente ein kurz befristetes Ultimatum, so darf
sich die Delegation nicht darauf einlassen. Wir lehnen es ab, etwa
unter dem Druck der dreitägigen Kündigungsfrist des Waffenstill-
standes zu verhandeln. Unsere Feinde werden Grund genug
haben, die öffentliche Debatte der Bedingungen zu scheuen, wir
aber haben noch mehr Grund, die öffentliche Meinung der ganzen
Welt bei dieser schicksalsschweren Entscheidung in Anspruch zu
nehmen, schicksalsschwer nicht nur für unser Volk, sondern für ganz
Europa, ja für die ganze Welt. Erst recht, wenn die Friedens-
bedingungen durch den Abschluß des Völkervertrages verewigt wer-
den sollen. Es ist darum ganz ausgeschlossen, daß unser Verlan-
gen nach sorgfältiger Prüfung in irgend einem Land ernstlichen
Widerspruch hervorrufen oder gar Folgen haben könnte; vielleich
bei den Pariser Ministern, aber sicher nicht bei den Völkern selbst.

Einige Zeit muß man uns also schon lassen. Das ist auch für
Deutschland kein Unglück. Das Brüsseler Abkommen läuft zunächst
unabhängig von den Friedensverhandlungen und hat Gültigkeit,
solange der Waffenstillstand dauert. Die Ernährungsangelegenheit
wird also beim Uebergang vom Waffenstillstand zum Vorfrieden
wieder akut werden und auf unsere politische Handlungsfähigkeit
einwirken; aber wenn sich der Abschluß des Vorfriedens etwas hin-
ziehen sollte, so verschlechtert das unsere Ernährungsfrage, wie ge-
sagt, an sich durchaus nicht. Freilich droht uns die Gefahr, daß
die Entente den Waffenstillstand und damit auch den Brüsseler
Vertrag kündigt, wenn wir die vorgelegten Bedingungen
des Vorfriedens nicht unbedinglich annehmen, sondern sie erst zur
Diskussion stellen wollen; aber Vernunft und Recht sind da doch
so offensichtlich auf unserer Seite, daß wir wohl hoffen dürfen,
die Entente werde die Teilnahme der Volksvertretung am Fri-
densschluß und damit die Verzögerung wohl zulassen müssen.

Nachdem, ganz nüchtern müssen wir prüfen. Mit nationalen
und heroischen Phrasen, die früher so beliebt waren und deren

Geist zu einem großen Teil unser Unglück verschuldet hat, kommen
wir nicht weit. Wir müssen uns vielmehr vollkommen klar machen,
was uns bevorsteht, wenn wir annehmen und wenn wir ablehnen.
Wir meinen nun: nimmt Deutschland einen wirklich schlechten
Frieden an, einen Frieden, der uns lebenswichtige Stücke unseres
Bodens wegnimmt und uns unerträgliche finanzielle und wirt-
schaftliche Bedingungen auferlegt, dann treiben wir — mögen wir
wollen oder nicht — in schwerstes wirtschaftliches Elend und damit
(so wie die Dinge heute liegen) unrettbar in bolschewistische oder
anarchische Zustände. Wir haben zwar bestenfalls, dank der Zu-
fuhr von außen, zu nächst genügend zu essen, aber das Volk wird
auf die Erde niedergedrückt bleiben und wird seine verzweifelte
Wut zunächst gegen die Regierung und die „herrschende Klasse“
richten und wir werden auf Jahrzehnte hinaus aus den schweren
revolutionären Zuständen nicht herauskommen. Lehnen wir da-
gegen ab, dann bekommen wir möglicherweise keine Zufuhr — wir
haben es ja glücklich fertig gebracht, immer noch im Westen und
im Osten gleichzeitig Tobfeinde zu haben — und geraten in die
schwerste Hungersnot. Würde das Volk diese ungeheure neue
Probe bestehen, würde es sich eng zusammen drängen, um so gut,
wie es eben geht, wenn auch mit entsetzlichen Menschenverlusten,
die Krisis zu überwinden, oder gäbe es Raub, Mord und Plün-
derung, Bolschewismus, gepaart mit den wildesten Ausschweifun-
gen des Janhagels? Das ist die Frage! Schleppe wir uns durch
die kritischen Monate mühselig durch, so könnte es uns wohl ge-
lingen, durch diese grobhartige Tat den Unterjochungsgeleuten des
Westens ein furchtbares Ende zu bereiten: die Taktik der russischen
Bolschewisten. Das Risiko ist groß, aber ein Sklavenfrieden bringt
uns vielleicht ein noch schlimmeres Los und ist mit dem gleichen
Risiko belastet. Die Entente beginnt diese Möglichkeiten immer
deutlicher zu erkennen. Vielleicht ergibt sich daraus eine anneh-
bare Lösung und damit der Ausweg aus dieser furchterlichen
Zwangslage. Machen wir, wenn wir diese Dinge prüfen, und
nur vor allem von der Auffassung frei, als wenn wir mit dem
Friedensschluß über den Berg wären. Sind die Bedingungen,
unter denen wir abschließen, nicht ganz ungewöhnlich günstig, dann
beginnt erst das Elend des deutschen Volkes.

Zu Verhandlungen bereit? — Lénkt man in Paris ein?

Lord George und Bichon haben nichts gesagt.

wb. Berlin, 27. März. (Draht.)

Russländische Blätter hatten vor einiger Zeit Aeußerungen
von Lord George und Bichon mitgeteilt, wonach nach der über-
einstimmenden Ansicht dieser beiden Staatsmänner die Frie-
denkonferenz sich nicht in Verhandlungen mit
der deutschen Delegation einlassen werde. Die Deutschen müßten
sich damit begnügen, den ihnen von den alliierten Regierungen
vorgelegenden Friedensvertragsentwurf ent-
weder anzunehmen oder abzulehnen. Daraufhin
hat der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission,
Reichsminister Erzberger, am 19. März in der Sitzung in Spa
eine Entzweiung stellen lassen, in welcher ausdrücklich verlangt

... ob die erwähnten Aenderungen den Tatsachen entsprechen. D. 26. März ist von Marschall Koch in Spaan folgende telegraphische Antwort eingegangen:

Die Herren Mond George und Blösch haben nie als die Erklärungen abgegeben, welche ihnen zugeschrieben worden sind und welche die Anfrage veranlaßt haben, die am 19. März von dem Vorsitzenden der deutschen Wissenschaftskommision gestellt worden ist.

Die Frage, ob man in Paris zu Verhandlungen bereit ist, ist damit natürlich noch nicht entschieden.

Friedensschluss zu Ostern?

Paris, 26. März.

Laut „Temps“ erklärte Blösch im Kammerauschuss, daß der Friedensvertrag bis Ostern abgeschlossen sein werde. Die Verhandlungen mit den deutschen Delegierten beginnen am Montag. Die deutsche Hauptfriedensdelegation werde zum 7. April in Versailles erwartet.

Die Schweiz gegen einen Gewaltfrieden.

Der Chef des politischen Departements der Schweiz Calonder beh die Ententegeandten zu sich kommen und dröhete seine lebhaften Bedenken gegen einen Gewaltfrieden aus. Ohne sich in fremde Angelegenheiten einzumischen, müsse er erklären, durch einen Gewaltfrieden könne auch die Schweiz bedroht werden. Alle Länder hätten ein gewisses Interesse daran, die Ausbreitung des Bolschewismus zu verhindern. Durch die Verzögerung des Friedens würde die Gefahr des Bolschewismus für ganz Europa bedenklich erhöht.

Scheidemann gegen Gewaltfrieden u. Gegenrevolution.

© Weimar, 26. März.

Vor Eintritt in die Tagesordnung ergreift das Wort Ministerpräsident Scheidemann:

Täglich mehren sich die offiziellen und nichtoffiziösen Meldungen aus dem Auslande, in denen neue Erschwerungen in den zu erwartenden Friedensbedingungen angekündigt werden. Sicherlich ist ein großer Teil dieser angeblichen Bedingungen erfunden, um uns nach und nach durch ihre Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die endgültigen Bedingungen fast erträglich erscheinen. (Sehr richtig!) Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei nicht chauvinistischer Art, sondern ein Aufschrei aus tiefer Verzweiflung, ein Appell an die höchste Instanz, die es gibt: An das Gewissen der Menschheit! (Sehr wahr!) Zu Tausenden kommen die Proteste aus Provinzen, Städten und Dörfern; immer aus der höchsten Not und der letzten Verzweiflung, nicht aus materiellen Gründen, sondern aus vaterländischer Angst, durch den Machtbruch der Sieger die Zugehörigkeit zur deutschen Nation zu verlieren. (Lebhafte Zustimmung.) Bei Deutschland wollen sie bleiben, bei dem verarmten, geschlagenen, mit Wunden und Schulden bedeckten Deutschland! Sie wollen Wunden und Schulden mit tragen, das ganze Martorium eines besiegten Volkes mit leiden, nur weil sie im Leben und Sterben nicht anders fühlen, denn als Deutsche!

(Stürmischer Beifall.) Als das Wilhelmische Reich anscheinend in der höchsten Blüte stand, hatte es am meisten mit der Reichsverdroffenheit zu kämpfen. Die deutsche Republik, die nichts an Gegenwart, die nur Zukunft zu bieten hat, erlebte es, daß das Bekenntnis zur Schicksalsgemeinschaft aller Deutschen lauter und dringlicher wird. (Lebhafte Beifall.) Zusammenstehen, keinem persönlichen Vorteil nachgehen, sondern zu sein ein einig Volk von Erbdauern, in keiner Not sich trennen noch Gefahr! (Stürmischer Beifall.) Die Reichsregierung hat ihren bisherigen Gegnern die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes vorgeschlagen, der die Schuldfrage nach allen Seiten ... und dann urteilen sollte.

England hat diesen Vorschlag abgelehnt. (Hört! Hört!) Es ist also nicht unsere Schuld, wenn dieser von uns selbst vorgeschlagene Prozeß unausgeführt bleibt. Aber selbst wenn Deutschland aller Verbrechen, denen man es bezichtigt, wirklich schuldig wäre, hat es, so frage ich die Unabhängigen, darum das höchste Recht verloren, gegen Vergewaltigung zu protestieren? (Sehr laut!) Hat es darum das Recht verloren, gegen Fesseln zu protestieren, die ihm die Gurgel zu brüchen würden? (Sehr laut!) Juriste bei den Unabhängigen: Wir nicht, aber Sie! Das von uns niemals nach Abre (zu den Unabh.) Meinung eine Verewaltigung beabsichtigt worden ist, reicht auch nicht annähernd an das heran, was unsere Gegner uns gegenüber schon ausgeführt haben und noch ausführen werden. (Lebhafte Zustimmung.)

Spann ist schlimmer als Brest-Litowsk, weil Spann zeigt, daß es von Brest-Litowsk nichts gelernt hat. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Aber nicht nur die

äußerste Linke schwächt unsere Stellung vor dem bittersten Ende. Am letzten Sonntag fanden einige Versammlungen in Berlin statt, einberufen unter dem Eindruck der Meldungen, daß Westpreußen, Danzig, das Saargebiet ihre Zugehörigkeit zum Reich zu verlieren drohen. (Rufe rechts: Posen!) Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlungen schon kennzeichnend, daß er die Ausführungen des Reichsministers und meines Parteifreundes Bernheim mit lärmenden Kundgebungen unterbrach gegen den Widerspruch der überwiegenden Mehrheit, nur weil die beiden Redner sich auf den Boden des Bisson-Programms gestellt hatten. (Hört! Hört!) Welche Kräfte hier

am Werke politischer Sabotage waren, zeigt so recht der sogenannte Nationalklub der Offiziere, ein Häuflein politisch urteilsloser Herren. (Große Unruhe rechts. Rufe: Na, na! Lärm links.) Diese Herren brachten es fertig, „Hell dir im Siegerkranz“ zu singen und durch das Ausbringen von Kaiserhochs eine gemeinsame Sache des ganzen Volkes zu mißbrauchen für die

armstellige Lappalie einer Kasse, einer Clique, einer Gruppe, einer Minorität von 170 gegenüber 33 000 Mitgliedern des Deutschen Offiziersbundes, der von solchen Politikern nichts wissen will. (Hört! Hört!) Man brachte dem General Lubendorff Ovationen, der sich natürlich ganz zufällig (große Unruhe rechts) genau zu der Minute in der Wilhelmstraße befand. (Hört! Hört! b. d. Mehrheit.) Das, was die Herren am Sonntag in Berlin getrieben haben, ist zwar nicht gewollter, aber in seinen Wirkungen war es Landesverrat. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit: großer Lärm rechts.) Sie haben unseren Gegnern wieder Grund zu der Behauptung gegeben, bei uns sei alles beim alten geblieben. (Sehr richtig! bei den Unabh.: Lachen bei den Soz.) Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen diese Verlogenheiten vom Sonntag. Wir protestieren gegen die Diktandversuche, die die Freiheit der Revolution nicht für, sondern gegen unser Volk mißbrauchen. (Lebhafte Beifall.) Ich weiß nicht, wie man dieses Treiben am besten brandmarken soll. (Lärm rechts.) Unser leidendes, von jeder militärischen Kraft entblößtes und der Vernichtung preisgegebenes Volk ... (Stürmische Unterbrechungen rechts. Rufe rechts: Das ist die Schuld der Revolution! Lärm und Rufe links: Lubendorff ist schuld! Bewegung im ganzen Hause.) Wir werden uns das Herausbeschwören neuer außerpolitischer Gefahren durch eine handvoll Reaktionsäre nicht weiter gefallen lassen. Stillschweigen bis hier Wilschuld. (Mit erhobener Stimme fortsetzend:) Wir werden die Herren zu fassen wissen, die eine derartige

Schuld der Verargenheit auf eine neue Generation übertragen wollen. (Hört! Hört! und Bewegung.) Die Anwesenheit des

Generals Lubendorff bei diesen Vorgängen soll nicht leichten Herzens beurteilt werden. Seine Schuld oder Nichtschuld wird sich nur aus seinem Verhalten während des Krieges beurteilen lassen. Er hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben! (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit. Rufe rechts: Aber einen unabhängigen Gerichtshof!) Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schärfstens einen Gesetzentwurf zur

Errichtung eines Staatsgerichtshofes bei diesem hohen Hause einbringen werden, um auch nach dieser Seite zu dokumentieren: das neue Deutschland kennt für sich und für andere, für innere und äußere Gegenwart nur das eine: die Geseze des Rechtes und nur des Rechtes! (Lebhafte Beifall.) Denn nur dem kann uns aus der heillosen bei Freund und Feind zerrissenen Welt die Lösung anwinkeln, auf der sich die neue Staaten-gesellschaft aufbauen muß: Das Friedensrecht der Gerechtigkeit! (Lebhafte Beifall bei der Mehrheit: Rufe rechts.)

Hierauf wird die Besprechung der Interpellationen über Mittelstand und Kleingewerbe

fortgesetzt. Herrmann-Keutlingen (Dem.): Die Antwort des Ministers Bissel hat uns nicht in wünschenswertem Maße befriedigt. Jetzt ist nicht die Zeit, die Kleinbetriebe durch Großbetriebe zu erodieren, nur um der Theorie willen. (Sehr richtig! bei den Demokraten.)

Abg. Duag (D. Sp.): Da wir der Meinung sind, daß der Staat seine Hilfe in erster Linie den Wirtschaftsschwächeren zuteil werden läßt, so lehnen wir es auf das entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinde den kleinen Gewerbetreibenden, etwa durch Konsumalisierung der Bäckereien, der Fleischerereien, des Bauernwerkes usw. Konkurrenz machen. (Beifall und Zustimmung rechts.)

Kommissar des Reichswirtschaftsamtes Geheimrat Trendelenburg: Ueber die Frage der Einführung des Achtstundentages im Handwerk schweben zurzeit Verhandlungen mit dem Reichsarbeitsministerium. Ueber die Konsumalisierung von kleinen Wirtschaftsbetrieben und Unternehmungen sind Erwägungen im Gange. Der Erlaß einer Verordnung über die Rohstoffversorgung des Handwerkes steht unmittelbar bevor.

Abg. Wurm (Unabh.): Diese Debatten sind ein Sturzzeichen der erwachenden Reaktion. (Huhul bei den Soz.) Die Arbeiter und die Mittelständler müssen zusammen die Front der arbeitenden Volks gegenüber den kapitalistischen Interessen bilden.

Abg. Eisenberger (Bav. Bauernbund): In allen Ländern, wo der Mittelstand kaputtgegangen ist, ist auch die Nation kaputtgegangen. Ich hoffe, daß auch im neuen Deutschland der Mittelstand erhalten bleiben kann. (Beifall.)

Abg. Vöner (D.N.): Wir verlangen die Einrichtung eines besonderen Referates für Handwerk und Gewerbe beim Reichswirtschaftsamt. (Ausrufung rechts.)

Damit schließt die Besprechung. Die Vorlage auf Eintritt Württembergs zur Viehwirtschaftsgemeinschaft wird in allen drei Lesungen verabschiedet, ebenso die Vorlage über die Besteuerung der Reichsbank für 1918.

Donnerstag: Notizal.

Die Schuld am Kriege.

Deutschland verlangt einen internationalen Gerichtshof.

Wie amtlich gemeldet wird, hatte bereits im November 1918 die deutsche Regierung durch Vermittelung der schweizerischen Regierung den Realierungen der Entente vorgeschlagen, zur Feststellung der Schuld am Kriege eine internationale Kommission einzusetzen. Da eine Antwort auf diesen Vorschlag nicht erfolgte, wurde er im Januar wiederholt. Am 7. März teilte die schweizerische Regierung der deutschen Gesandtschaft in Bern mit, daß sie von dem britischen Gesandten folgende Mitteilung erhalten habe:

„Ich habe die Ehre, Sie zu benachrichtigen, daß die Regierung Seiner Majestät der Meinung ist, daß es unnötig sei, auf den deutschen Vorschlag irgend eine Antwort zu geben, da nach der Meinung der verbündeten Regierungen die Verantwortlichkeit Deutschlands für den Krieg längst unabweisbar feststeht.“

Die deutsche Regierung hat daraufhin in einem an die schweizerische Regierung gerichteten Schreiben gegen die Auffassung der Alliierten nachdrücklich Verwahrung eingelegt. Die Alliierten haben sich, so wurde darauf hingewiesen, an „Ankläger und Richter zugleich zu sein, und zwar in einer Sache, in der sie zum Teil gleichfalls der Schuld geziehen werden. Deutschland könne einen Urteilspruch in dieser Frage nur anerkennen, wenn er von einer Stelle ausgeht, der das gesamte Material beider Parteien zur Verfügung steht und die in der Lage ist, die nötigen Beweise durch Urkunden und Zeugen in voller Öffentlichkeit zu erheben.“

Die Lebensmittel-Lieferungen.

Wie aus Hamburg gemeldet wird, ist dort der Dampfer „Lampenberg“ mit 15 000 Kisten Fischkonserven aus Norwegen angekommen. Ferner treffen die Dampfer „Greifda“ mit 13 000 Kisten Herings, die in Röhren nach Dresden verladen werden, und „Bernia“ mit 15 000 Kisten und Kisten Fischkonserven und Herings, die nach Breslau bestimmt sind, ein.

Die Ablieferung der in den Hamburger, Bremer und Cuxhavener Häfen liegenden Lebensmittelschiffe nimmt betriebsmäßigen Fortgang. Ein großer Teil der für die Heimbeförderung der Truppen benötigten Dampfer wurde bereits nach England abgefertigt und wartet dort auf weitere Order, andere liegen zur Abfahrt bereit oder befinden sich zur Vornahme von Renovierungsarbeiten in den Werften. Es kommen insgesamt 120 Schiffe zur Ablieferung.

Bei vollständiger Lieferung der in Aussicht gestellten Menge, ist, wie die Reichsregierung bekannt gibt, zu hoffen, daß alsbald eine Erleichterung der Ernährungsfrage durch Aufgabe von Anlauf-Nationen erzielt werden kann. Auswärtigen in dieser Hinsicht können solange nicht gegeben werden, ehe die Höhe der Sendungen noch nicht zu übersehen ist.

Zur Saufe der nächsten Tage wird eine Bekanntmachung des Reichsministers der Finanzen erscheinen, laut der alle ausländischen, fest verzinslichen Wertpapiere, mit Ausnahme der russischen und der Anleihen unserer früheren Verbündeten, dem Reiches käuflich zu überlassen sind. Verschiedene Wertpapierkategorien sind sofort gegen eine nach dem unvollständigen Wert vom 31. Dezember 1918 berechnete Abschlagszahlung abzuliefern, die anderen sind alsbald anzumelden.

Ruhe in Berlin.

wb. Berlin, 27. März. (Drahn.)

Die kommunistische Partei hatte gleich nach der Beendigung des letzten Generalstreiks unter der Großberliner Arbeiterschaft lebhaft für einen neuen Generalstreik gewirkt, der gestern beginnen sollte. Die Agitation erfolgte in einem Maße wie kaum jemals zuvor. Aber es ist nirgends gestreift worden. Die Arbeiterschaft scheint sich darüber klar geworden zu sein, welchen Wahnsinn solche politischen Streiks augenblicklich darstellen.

Veränderung der Lage im Ruhrkohlenrevier.

Die Lage im Ruhrkohlenrevier hat unerwartet wieder eine Verschärfung erfahren, die eine neue ernste Streikgefahr heraufbeschworen hat. Zwischen dem Fördermaschinenverband und dem Ruhrzechenverband sind schwere Differenzen wegen der Durchführung wirtschaftlicher Maßnahmen entstanden. Die Fördermaschinen aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet haben in einer zu Offen abgehaltenen Tagung einstimmig die Erfüllung ihrer Forderungen verlangt und dem Zechenverbande das kurze Ultimatum bis zum 28. d. M. vormittags 8 Uhr gestellt. Falls der Zechenverband bis dahin die Forderungen nicht restlos erfüllt hat, treten die Fördermaschinen im ganzen Ruhrkohlenrevier sofort und geschlossen in den Ausstand. Den Zechenverwaltungen wird nur die Möglichkeit der Annahme oder der Ablehnung der Forderungen gezeigelt. Verhandlungen werden von den Fördermaschinen abgelehnt. Falls es zum Ausstand der Fördermaschinen kommt, tritt eine vollständige Stilllegung des gesamten Ruhrkohlenbergbaues mit ihren solanenschweren Wirkungen für unser deutsches Wirtschaftsleben ein. Angesichts dieser hochernsten Lage im Ruhrrevier hat die Realierung vermittelnd in den Konflikt eingegriffen. Das Oberbergamt Dortmund verhandelt augenblicklich mit dem Fördermaschinenverband und versucht den Ausbruch des Streikes zu verhüten.

Die Räte-Republik Ungarns.

Die Nachrichten aus Ungarn fließen immer noch spärlich. Einer bisher nicht bestätigten Reutersmeldung zufolge soll Graf Karolvi ermordet worden sein. Es dürfte sich dabei aber nicht um den bisherigen Präsidenten und Vertreter Michael Karolvi, sondern um seinen Vetter, den als Geanrevolutionär verklärten Grafen Georg Karolvi, handeln. Nach Wiener Meldungen herrscht in Budapest noch immer Panik. Die Straßenlärmpe sollen außerordentlich heftig sein. Die Zahl der Toten soll mehrere Hundert betragen.

Das Eingreifen der Entente.

Der französische Kammerpräsident billigte mit allen Stimmen die Erklärung Ribbons, die ein militärisches Eingreifen der Alliierten in Ungarn ankündigt. Für den Antrag stimmten auch die anwesenden Sozialisten.

Die bereits gemeldete Besetzung Breßlurs erfolgte durch insgesamt 7000 Italiener.

Wie der „Secolo“ meldet, sollen von Fiume Tag und Nacht Truppeneinheiten in das besetzte ungarische Gebiet.

Nach Wiener Gerüchten sollen enalische Monitore auf der Donau nach Budapest unterwegs sein.

Krisenstimmung in Tschechien.

Es scheint, daß im tschechisch-slowakischen Staate eine stark Krisenstimmung herrscht. Offenbar hat die Sozialdemokratie ihren Standpunkt ganz energisch geltend gemacht und auch bereits Zusagen in der Frage der Sozialisierung und der militärischen Angelegenheiten erhalten.

Die Polen greifen weiter an.

Schlesischer Heeresbericht.

X Breslau, 27. März.

Die Polen fahren fort, unsere Positionen ohne jeden Grund anzugreifen und durch Feuer zu belästigen. Auch friedliche Arbeiter hören sie durch Maschinengewehrfeuer und weiter Entfernungen. Heute werden mehrere derartige Vorkommnisse bei Jdmund und bei Kempen gemeldet. Sonst keine Ereignisse von Belang.

Generalkommando des 6. Armeekorps.

wb. Berlin, 27. März. (Drahn.)

Von verschiedenen Teilen der Posener Front werden Vorstöße der Gegner gemeldet, insbesondere bei Rawitsch, Frankart und an der Westfront, nördlich Kolmar und südlich Kolmar. Nördlich Kempen richteten die Polen wiederum Feuer gegen Zivilarbeiter. In ihren Tagesmeldungen funken die Polen fortgesetzt Berichte über heftiges Infanterie- und Maschinengewehrfeuer; daß dieses Infanterie- und Maschinengewehrfeuer von polnischen Truppen abgegeben und von unseren Truppen nur gezwungen erwidert wird, bleibt verschwiegen.

Stürmische Aussprache in der Landesversammlung.

3 Berlin, 26. März. 12 Uhr.

Das Haus tritt in die Besprechung der gestern abgebotenen Regierungserklärung ein.

Abg. Laas (Soz.):

Wir verlangen von der Regierung, daß sie dem neuen Geist der demokratischen Republik überall die Herrschaft verschafft. Mit den Beamten, die reaktionär gesinnt, im Verwaltungsapparat sitzen, muß gründlich ausgeräumt werden. Durch die Vorkänge des letzten Sonntags in Berlin haben diese Beamten nur eine

Stütze erhalten. (Zuruf v. d. Unabh. nach der Regierungsbank: Mit Ihrer Hilfe.) In den Gemeinden muß die Regierung dafür eintreten, daß die Verordnung vom Januar über die Neuwahlen überall streng durchgeführt wird. Der Landwirtschaft muß möglichst schnell mehr Dünger zugeführt werden, außerdem bedürfen aber die Lohn- und Wohnungsverhältnisse sowie die Frage der Behandlung der ländlichen Arbeiter der größten Aufmerksamkeit. Auf dem Gebiete der Kulturfragen sind wir prinzipielle Anhänger der Einheits- und Simultanschule. Die Frage des Verhältnisses von Schule und Kirche sowie von Kirche und Staat wollen wir auf dem Boden voller Gewissensfreiheit lösen. (Beifall v. d. Soz.)

Abg. Dr. Porsch (Zentr.):

Aus denselben Gründen wie in die Reichsregierung sind meine Freunde auch in die preussische Regierung eingetreten. Wir halten dabei natürlich an unseren Grundsätzen fest. Wir begrüßen es, daß das Verhältnis von Kirche und Staat sowie von Kirche und Schule auf dem Boden der Gewissensfreiheit gelöst werden soll. Diese Freiheit würde aber keine wahre Freiheit sein, wenn nicht Eltern und Erzieher, die von der Staatschule nicht befriedigt sind, die Möglichkeit hätten, ihre Kinder auch in andere Schulen zu schicken, wo die Religion gelehrt wird. Auch die Sozialdemokraten müßten doch anerkennen, daß gerade in dieser schweren Zeit für Tausende und Abertausende die Religion, der Glaube an Gott, das einzige ist, was sie aufrecht erhält. (Beifall im Zentrum.) Wir sind bereit, lokale Mitarbeit zu leisten in alt-preussischer Pflichttreue für das Vaterland. Je einziger wir bei dieser Arbeit zusammenstehen, desto besser. (Beifall im Zentrum.)

Abg. v. Kardorff (DntL):

Es ist ein Vorgehen unerhörtester Art, wie man das preussische Offizierskorps mit Säure und Schwärze betrogen hat. (Gr. Unruhe links, Zustimmung rechts.) Kein preussischer Staatsmann darf einen Frieden unterschreiben, der uns nicht die Freiheit gibt, wieder ein starkes Heer zu unterhalten. (Erneuter stürmischer Widerspruch bei den Soz. und den Unabh.) Wir fordern jener von der Regierung, daß man die Frage der Schuld am Kriege in den Vordergrund der Diskussion stellt. Deutschland ist daran nicht Schuld gewesen. (Lebhafte Zustimmung rechts, große Unruhe links.) Daß der Zusammenbruch in so einer fürchterlichen Weise erfolgte, ist Ihre Schuld. (Abertausender Sturm auf der Linken.) Unser Anhang im Lande ist stärker, als die Zahl unserer Mandate. (Geklächter.) Auch als Oppositionspartei sind wir für den Gang der Geschäfte mitverantwortlich; aber wir werden auch positive Politik und keine Politik der Verärgerung treiben. Rückhaltlos und vorbehaltlos treten wir auf den Boden des parlamentarischen Systems. Von Ihrer Seite (zu den Soz.) ist das Haus in Brand gesetzt worden. Das neue Staatswesen kann ebenso wie das alte nur mit der Pflichttreue des preussischen Beamtenstandes aufgearbeitet werden. Aus dem gegenwärtigen Zustand gibt es nur eine Rettung, die Berufung der besten Männer auf die für sie geeigneten Plätze. Die Bewährung als sozialdemokratischer Parteiführer halte ich dabei nicht für die geeignete Grundlage. (Großer Lärm v. d. Soz.) Seien Sie doch mit Ihren Angriffen auf die Beamten etwas vorsichtiger. Denken Sie an die A- und S-Räte. Was haben diese Räte, die den Revolutionszwangwindel gewacht haben, nicht nur den Staat, sondern auch die Gemeinden gekostet. (Andauernde stürmische Entrüstungs- und Jubelrufe v. d. Soz. Stöße des Präsidenten. Präsident Leinert: Herr Abg. v. Kardorff, Sie haben im Zusammenhange mit den A- und S-Räten von Revolutionszwangwindel gesprochen. Wo Schuld ist, müssen auch Schwinder sein. Ich weise die Verteidigung der A- und S-Räte als unstatthaft zurück und rufe Sie zur Ordnung.) Ich stehe mit der Regierung durchaus auf dem Standpunkt, daß über die Selbstwirtschaft der A- und S-Räte genaue Rechenschaft abgefordert werden muß. Wir wollen wissen, in welche Taschen das Geld verschwunden ist. Ich glaube, an dieser Stelle ausdrücklich zu müssen, daß es vermutlich in den Taschen von sozialistischen Agitatoren geblieben ist. (Minutenlang stürmische Kundgebungen und Hui-Hui, Rufe: Raubritter, raus!) Gerecht haben wir uns über die Kuiperkhandlung der Regierung für die Landwirtschaft. Die Regierung sollte alles tun, um die Ueberspannung der Zwangswirtschaft sofort zu beenden. Wir sind früher zur Unterschätzung des Handels geneigt gewesen. Die Kriegswirtschaft hat uns aber gezeigt, daß er ein unumgängliches Glied des inneren Produktionsprozesses ist. Dem Aufbauprogramm der Regierung können wir nicht folgen.

Ministerpräsident Siesch:

Herr von Kardorff hat eine höchst provokatorische Rede gehalten. Ich habe sie geradezu als Signal zur Gegenrevolution empfunden. (Lebhafte Bewegung im ganzen Hause.) Wenn er auch glaubt, daß seiner Partei die Zukunft gehört, so wird seine Rede im Lande kein Echo finden. Die Regierung ist entschlossen, alle reaktionären Strömungen mit Recht zu bekämpfen und wird durch die Kardorffsche Rede in der Auffassung bekräftigt, daß die demokratischen Reformen auf schnellste durchzuführen werden müssen. (Lebhafte Beifall.) Die Darstellung des Herrn von Kardorff über die Ursachen der Revolution muß ich als unhistorisch zurückweisen. Es stimmt nicht, daß, wie er behauptet

hat, am 4. November bereits alles erreicht war. Damals schwebten noch Verhandlungen über allerwichtigste Fragen. Insbesondere war das Herrenhaus noch nicht besetzt. Das ändernde Verhalten der Rechten in der Wahlrechtsfrage hat den Zusammenbruch zweifellos beschleunigt. Es kann nicht beunruhigen, daß Herr v. Kardorff die Revolution das größte Verbrechen genannt hat. Das größte Verbrechen am Volke haben die begangen, die für den Krieg verantwortlich sind. (Stürm. Beifall.) Bei der Beurteilung der A- und S-Räte verstehe ich nicht, daß vereinzelt Lieberariffe vorkommen sind. Ich betone ausdrücklich, vereinzelt. (Widerspruch rechts.) Die A- und S-Räte haben sich um den Staat zweifellos große Verdienste erworben. Wir bestritten nicht die Pflichttreue der Beamtenschaft. Eine große Anzahl der Beamten aber läßt passive Resistenz. An mehreren Stellen ist sogar von Ihnen eine Aufforderung gegen die Abhaltung der Gemeindevahlen ergangen. Das kann die Regierung nicht dulden, und sie muß solche Beamten bestrafen. (Lebhafte Beifall links.) Wir wollen aber nicht eine sozialdemokratische Parteiherrschaft errichten, so wie es früher eine konservative Parteiherrschaft gegeben hat. Diese hat Preußen ins Unglück gestürzt. Für uns aber heißt es wirklich eheulich: Preis dem Tüchtigen. (Lebhafte Beifall.)

Finanzminister Südekum:

Wo eine regelmäßige ordentliche Arbeiterbewegung vorhanden war, haben die Räte immer gut gewirkt. In einzelnen Orten haben sich die Räte die größten Verdienste erworben, namentlich auch dort im besetzten Gebiet, wo die Offiziere ihre Pflichten in schändlicher, unverantwortlicher Weise vernachlässigt haben. Dort sind von den Räten dem Staate Millionen und Milliarden gerettet worden. Ich spreche hier nur das Wort: Brüssel! Die verantwortlichen Stellen haben dort ihre Pflichten schändlich im Stiche gelassen. Leute mit Epauletten sind in einer Weise ausgerissen, daß das ein ewiges Schandmal sein wird. Bei Nacht und Nebel haben sie sich und ihr Gut in Sicherheit gebracht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Abg. Cassel (Dent):

erklärt, daß unsere Feinde die Schuld am Ausbruch des Krieges tragen. Die schwerste Schuld tragen aber diejenigen, die diesen Krieg verlängert haben. Insbesondere Daal verdienen die Beamten. Ohne ihre Pflichttreue wären wir über diese schwere Zeit nicht hinweggekommen. Notwendig ist eine Besoldungsreform und ein zeitweiliges Besoldungsrecht. Die Hauptlast der Besteuerung ist in Staat und Gemeinden auf die tragfähigen Schultern zu legen. Die Selbstverwaltung der Gemeinden muß erweitert werden. Auch wir treten für jede Förderung des Handels und Kleinhandels, ebenso für eine umfassende Fürsorge für die Landwirtschaft ein, wie wir ebenso präventiv auch die Förderung der inneren Kolonisation aufs wärmste unterstützen. Wir wollen nicht den Großgrundbesitz erschlagen, aber den mittel- und Kleinbauern und den Landarbeitern so viel als möglich fördern. Auf dem Gebiete der Schule treten wir für gemeinsame Erziehung aller Kinder des Volkes in der Volksschule ein, ebenso für die Einheitschule als ein zu erreichendes Ziel, desgleichen für die Aufhebung der Vorurteile. Wir begrüßen es, daß den Gemeinden das Recht gegeben werden soll, Simultanschulen zu errichten. Wir wollen jeden Gewissenszwang vermeiden sehen; daraus begreifen wir den wahren Kern der Religionsunterricht, schließen uns aber ablehnend der Forderung des Kontrasts an. Der Veranschaulichung von Beiröhen, die dafür ist, sind, können wir zu, ebenso der Förderung der Kommunalkommunikation von Wasser, Gas und Elektrizität und des Verkehrs. Wir sind in die Regierung eingetreten unter Verzicht auf manche Wünsche, die wir gern verwirklicht hätten, aber nicht unter Verzicht auf unser Programm. Wir werden der Regierung keine blinde Gefolgschaft leisten, sondern wir werden wachen und prüfen. Wir sind in die Regierung eingetreten angesichts der Not des Vaterlandes, aus Patriotismus. Wir hoffen, uns mit den beiden anderen Parteien über den inneren Ausbau des Staates verständigen zu können. Wir wollen ein freies, sicheres demokratisches Vorgehen auf der Grundlage der guten alten Tradition, die der Ministerpräsident getreu selbst beibehält. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Dr. Rosenfeld (U. Soz.):

Die gegenwärtige Regierung wird sich nicht lange halten können. Wir vermissen die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Amnestie. Das bürgerliche Reformprogramm der Regierung reicht zur Befriedigung unserer Forderungen nicht aus. Aber mit der Regierung! (Beifall bei den Unabhängigen.)

Minister des Innern Heine:

Eine Amnestie können wir unmöglich machen, so lange und noch neue Kämpfe drohen. Herr Adolf Hoffmann hat ja neulich selbst angekündigt, der nächste Generalstreik werde am 26. März beginnen. (Erneuter Sturm v. d. Unabh. Erneute Rufe des Adolf Hoffmann.) Liberal im Lande wird für ihn nicht nur von den Spartakisten, sondern auch von den Unabhängigen gewirkt. (Andauernder Lärm bei d. Unabh. und stürmische Rufe. Präsident: Ich bitte Sie doch dringend, die Ruhe zu bewahren. Sozialparlamentarischen Anstand müssen Sie doch besitzen, um den Minister

geben zu lassen.) Aus diesen Tendenzen sich die Berliner Straßen-
 wie entstanden, und solange wir vor einer Wiederholung nicht
 sind, werden wir zur Aufrechterhaltung des Belagerungs-
 standes gezwungen sein. Den Belagerungsstand haben diejenigen
 zu verantworten, die ihn herbeigeführt haben. Ich mache die Un-
 abhängigen dafür verantwortlich. (Stimmliche Unterbrechung u.
 den Unabh.) Wir werden uns nicht gefallen lassen, daß durch
 Demonstrationen wie die am letzten Sonntag mit schwarz-wei-
 chen Fahnen usw. etwa die öffentliche Ordnung gefährdet wird.
 Der Gouverneur Schöpslin hat bereits bei Nozze beantragt, gegen
 den National- und deutscher Offiziere, der die
 Demonstration am Bismarck-Denkmal vornahm, und zu dem nach-
 her zufällig in der Wilhelmstraße General Ludendorff
 hingekommen sein soll, die Bestimmungen des Belagerungs-
 standesgesetzes anzuwenden. Arbeiten wir alle zusammen, damit
 unser Deutschland nicht auseinanderfällt. (Abg. Adolf Hoffmann
 M. S.; Ausländerrede.)

Das Haus verlag die weitere Debatte auf Donnerstag.

Die Friedensforderung der Obersten Heeresleitung.

Verstärkte Pressenotierungen der letzten Tage, die sich mit
 der Einleitung des deutschen Waffenstillstandsangebots beschäfti-
 gen, nötigen die Regierung zu folgender Feststellung: Das Waf-
 fenstillstands- und Friedensangebot vom Anfang Oktober ist, wie
 die Nacht veröffentlichten drei Telegramme des Generals Luden-
 dorff beweisen, durch die Oberste Heeresleitung veranlaßt wor-
 den. Prinz Max von Baden hat sich gegen die Zustimmung, sofort
 bei seinem Amtsantritt an die Feinde mit einem Waffenstill-
 standsangebot heranzutreten, bestig geäußert. Sein Widerstand
 ist aber durch die immer erneuten Hinweise der Obersten
 Heeresleitung auf eine drohende militärische Kata-
 strophe gebrochen worden. Zur Erklärung dessen veröffent-
 lichen wir einen bisher unbekanntes Brief des Generals-Luden-
 dorff, der ein ungefehltes Bild von der Lage abt, die Prinz
 Max bei seinem Amtsantritt vorfand. Der Brief lautet:

Berlin, 3. Oktober 1918.

An den Herrn Reichskanzler!

Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, 29.
 September, gestellten Forderung der sofortigen Heraus-
 gabe eines Friedensangebotes an unsere Feinde
 bestehen. Infolge des Zusammenbruchs der inazentischen
 Front, der dadurch notwendig gewordenen Schwächung unse-
 rer Bodentruppen und infolge der Unmöglichkeit, die in den
 Schlachten der letzten Tage eingetretenen sehr erheblichen Ver-
 lüste zu ergänzen, besteht nach menschlichem Ermessen keine
 Aussicht mehr, dem Feinde den Frieden auszuwringen.

Der Gegner selbst führt ständig neue frische Reser-
 ven in die Schlacht.

Noch heißt das deutsche Heer feckig und wehrt siegreich
 alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann
 die Oberste Heeresleitung zu schwerwiegenden Entschlüssen
 zwingen. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf
 abzubrechen, um dem deutschen Volk und sei-
 nen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen.
 Jeder veräumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten
 das Leben.

gen. von Hindenburg,
 Generalfeldmarschall.

Auf Grund dieses sachverständigen Urteils wählte jede ihrer
 Verantwortungen sich bewachte Regierung im Interesse unseres
 blutenden Volkes das Waffenstillstandsangebot erlassen. Dabei
 kann jedoch von vornherein fest, daß nur das Wilsonprogramm
 die Grundlage des später abzuschließenden Friedens bilden könne.

Wachsende Einsicht der Entente.

Der gewöhnlich gutunterrichtete Berichterstatter des „Corriere
 della Sera“ telegraphiert seinem Blatte, daß angesichts der Er-
 eignisse in Ungarn ein Einlenken der Entente erwogen werde.
 Der aus Wilson, Lloyd George, Clemenceau und Orlando be-
 stehende Rat der Vier wird sich mit dem ungarischen Problem be-
 schäftigen und die bisher gefaßten Beschlüsse über die Ter-
 ritorialfragen einer Nachprüfung unterziehen.
 In diplomatischen Kreisen wird dieser Entschluß als Beweis da-
 für aufgefaßt, daß die den Tschecho-Slowaken und Rumänen auf-
 Kosten Ungarns gemachten Zugeständnisse zum Teil wenigstens
 wieder rückgängig gemacht werden sollen, allerdings aber in einer
 Form, die den Anschein vermeiden will, daß die Entente sich in
 ihren Maßnahmen von der Besorgnis vor dem Bolschewismus
 leiten ließe.

Kleine Nachrichten.

Beschlagnahme sämtlicher Lagerweiger in
 München. Auf Veranlassung des Militärministers Schneyder-
 horn und der Wirtschaftskommission wurden überausend händ-
 liche Lagerhäuser und Expeditionen in München dems Kontrolle
 beschlaggenommen und besetzt, nachdem festgestellt worden war, daß
 seitens Privatpersonen viel zu Unrecht erworbenes Heeresgut und
 besonders Lebensmittel dort eingelagert wurden.

Abgestempelt Geld in Deutsch-Österreich.
 In Deutsch-Österreich haben von jetzt an nur noch die von deutsch-
 österreichischer Seite abgestempelten Banknoten gesetzliche Zahlkraft.

Deutsches Reich.

— Jungfrauensteuer. Die Stadterordneten von Frie-
 sad wollen eine Jungfrauensteuer vom 30. Lebensjahr und eine
 Jungfrauensteuer vom 25. Lebensjahr an einführen.

— Zum Regierungspräsidenten in Frankfurt
 a. O. Ober wird der Sozialdemokrat Ludwig Bartels ernannt,
 ein Kriegsbeschädigter, der früher leitender Redakteur der „Mär-
 kischen Volkstimme“ in Cottbus war.

— Der Vertretertag der Deutschen Volkspar-
 tei findet am 12. und 13. April in Jena statt.

— Das Gehalt des Reichspräsidenten. Der
 Reichstag stellt eine Entschädigung für den Reichspräsidenten
 Ebert in Höhe von 100 000 Mark monatlich, also 1,2 Millionen
 Mark jährlich vor. Gegenüber Betrachtungen, die an die Höhe
 dieser Summe gerichtet werden, hat der Vorwärts am 25. März
 behauptet, es sei durchaus nicht richtig, daß dieses Geld nur für
 die persönlichen Bedürfnisse des Präsidenten bestimmt sei, sondern
 er müsse davon auch die gesamten sachlichen Unkosten seines
 Amtes decken, so für ein umfangreiches Büro mit Hilfskräften
 und Angehörigen, deren Gehälter er ebenso aus eigener Tasche zu
 bezahlen habe, wie die gesamte Einrichtung und die sachlichen
 Unkosten des Büros. Der Reichspräsident müsse auch die Kosten
 einer seinem Range entsprechenden Dienstwohnung befretten, in
 der er die Würdenträger fremder Staaten empfangen kann.
 Schließlich müsse er auch eine gewisse Freiheit haben, gemein-
 schaftliche Veranstaltungen, Sammlungen bei besonderen Gelegen-
 heiten, Kunstausstellungen usw. in einer Weise zu unterstützen, wie das
 auch bei Präsidenten anderer Republiken üblich ist.

— Keine Arbeiterwahlen in Berlin. Wie
 bereits gemeint wurde, haben sich die Berliner Arbeiter-
 räte entsetzt gegen eine Neuwahl zu den Arbeiterämtern aus-
 gesprochen. Diese Entschiedenheit ist zurückzuführen auf den Wider-
 stand der Unabhängigen und Kommunisten gegen die An-
 nahme von Neuwahlen. Es hat sich nämlich innerhalb der
 Berliner Arbeiterräte durch Abwanderung von den Mehrheits-
 sozialisten eine kommunistische Fraktion in Stärke von 140 bis
 150 Mitgliedern herausgebildet, die sich ohne Verhinderung ihrer
 Wählerschaft aus eigenen Gnaden zur kommunistischen Partei be-
 kennen. Diese Abgeordneten haben also keine Wähler hinter sich.
 Im Falle von Neuwahlen würden daher die Kommunisten zwei-
 fellos an Zahl zunehmen. Um dies zu vermeiden, sind die Unab-
 hängigen und Kommunisten gegen die Ausschreibung der Neu-
 wahlen. Es bleibt also bei dem jetzigen Bestand der Berliner Ar-
 beiterräte. Da aber die Berliner Arbeiterräte nur 16 Delegierte
 in den Kongress entsenden werden, wird an dem Gesamtbild des
 Kongresses durch die Berliner Delegierten nicht viel geändert wer-
 den. Fast im ganzen Reich ist bei den Wahlen ein wesentliches
 Uebertwiegen der Mehrheitssozialisten, ein Abnehmen der Unab-
 hängigen und nur vereinzelt Ausreißer der Kommunisten fest-
 zustellen.

— Wer bezahlt die Aufrührerschäden? In der
 gestrigen Stadterordneterversammlung in Berlin wurde über die
 Aufrührerschäden verhandelt. Es kam zu erregten Debatten. Zur
 einstimmigen Annahme gelangte ein Antrag, den Magistrat zu
 ersuchen, bei der Nationalversammlung und der Reichsregierung
 die Stellung der Versammlung dahin zum Ausdruck zu bringen,
 daß die Ueberrahme der durch die Unruhen in Berlin entstandenen
 Schäden durch das Reich notwendig ist. Ein dringender An-
 trag, die Regierung zu ersuchen, sofort den Belagerungsstand
 aufzuheben, wurde abgelehnt.

— Der preussische Staatshaushaltsplan schließt
 mit 9,6 Milliarden Mark ab. Die Schlusssumme erhöht sich gegen
 das Vorjahr in Einnahme und Ausgabe um 3,09 Milliarden M.
 Zur Verrückung des Gleichgewichts sind 786,15 Millionen Mark
 als außerordentliche Einnahme eingestellt, die im Wege der Aus-
 leide zu beschaffen ist. Sie deckt sich mit dem im Haushalt der
 Gliedbahnverwaltung enthaltenen Fehlbetrag, der sich ergibt,
 nachdem bereits aus der neuen Erhöhung der Personen- und
 Gütertarife eine Mehreinnahme von 1436 Millionen Mark ein-
 gestellt wurde.

— Einsetzung eines Staatsgerichtshofes. Wie
 wir hören, plant die Reichsregierung die Errichtung eines
 Staatsgerichtshofes. Der Nationalversammlung wird schon in
 den nächsten Tagen ein entsprechender Beschlussewurf vorgehen.
 Vor den Staatsgerichtshof sollen alle Persönlichkeiten kommen,
 die den Wunsch danach ausgesprochen haben, wie z. B. General
 Ludendorff, der frühere Reichskanzler Bethmann Hollweg u. a.,
 weiter alle Personen, deren Verhalten in Bezug auf den Krieg
 mit von dem Staatsgerichtshof festgestellt werden kann.

— Die Massaker in Deutsch-Österreich. Wie aus
 Wien berichtet wird, ist die deutsch-österreichische Landesregie-
 rung in den Besitz authentischer Aktenstücke gelangt, aus denen her-
 vorgeht, daß die kroatische Regierung durch Hinmordung von
 Belgiern an

die untergeordneten Organe die Blaupaper in Deutschböhmen geradezu verschuldet hat. Den Beweis dafür liefert ein streng vertrauliches Telegramm, das die Prager Regierung an Beatin d. M. an die Brüner Statthalterei geschickt hatte, und in welchem diese beauftragt wurde, die Weisung hinauszuschicken, daß bei Demonstrationen der Deutschen beim geringsten Anlaß von der Waffe Gebrauch zu machen sei. Dasselbe Telegramm ist auch, wie einwandfrei festgelegt werden konnte, anderen Behörden ungesahten, sodas der Zusammenhang dieser Weisungen mit den traurigen Vorfällen am 4. März in Gaer, Karlsbad, Aussig, Raaden, und anderen Orten, bei denen mehr als 30 Personen getötet und über 100 schwer verletzt wurden, wohl klar gegeben ist.

— Eine Verteidigung des Kronprinzen. In einem erst zur Veröffentlichung gebrachten, an den Marschall Hindenburg im November gerichteten Briefe sagt der ehemalige Kronprinz in der Hauptsache:

Im Gegensatz zu vielen ungerechten Stimmen, die mich vornehmlich als einen Kriegsverbrecher und reaktionär eingestellten bezeichnen, habe ich von Anfang an den Standpunkt vertreten, daß der Krieg für uns ein Verteidigungskrieg war. Immer wieder habe ich 1916, 1917 und 1918 maßgebenden Persönlichkeiten gegenüber betont, daß Deutschland mit allen Mitteln das Ende des Krieges suchen und froh sein müsse, wenn es sich gegen die ganze Welt auf dem Strome aus dem Haupten kann. Seit Jahr und Tag habe ich in vielen Unterredungen mit General Ludendorff einem weisen Verständigungsgrieden das Wort geredet und die Auffassung vertreten, daß die Gelegenheit hierfür die günstigste war, als wir vor und auch während der Frühjahrsoffensive nach und nach zurückgingen. Innerpolitisch war ich der Letzte, der sich dem freihetlichen Ausbau unseres Staatswesens verschloß. Diese Auffassung habe ich auch Prinz Max von Baden noch vor wenigen Tagen schriftlich darzulegen. Trotzdem ist man über mich, als den Kronprinzen und Thronfolger, einfach zur Tagesordnung übergegangen. Ein Bericht wurde von mir weder gefordert noch geleistet.

— Die Führer der Sonderbrüder. Eine Veröffentlichung des bayerischen Zentrums ruft das ganze bayerische Volk auf, sich wie ein Mann zu erheben zum Schutze seiner mehr als tausendjährigen Freiheit und Selbstständigkeit, seiner geschichtlichen Ehre und Würde. Wir wollen, heißt es in dem Aufruf, den Zusammenschluß der deutschen Staaten auf föderativer Grundlage. Der Forderung aber, daß die deutschen Einzelstaaten zu Provinzen des Reiches herabgedrückt werden und eine Einheitsrepublik geschaffen werden soll, werden wir den äußersten Widerstand entgegenlegen.

— Ein schließlicher Wort für Bayern. Der sächsische Ministerpräsident hat an den bayerischen Ministerpräsidenten ein Telegramm gerichtet, in dem es u. a. heißt: Vom dortigen Zentralkrat erhielten wir die Aufforderung zu Verhandlungen zwischen Bayern und Sachsen über die Sozialisierungsfrage. Wir glauben, daß im Staatsausdruck die rechte Stelle ist, an der sich die Regierungsvertreter der Einzelstaaten auch über die Sozialisierungsfrage ausdrücken und gegebenenfalls Einwirkung auf die Reichsleitung ausüben können.

— Deutsche in der Türkei und Süd-Rußland. Der deutschen Botschaftskommission in Suda ist am 25. d. Mts. unter anderem mitgeteilt worden, daß sich 12 000 Deutsche in Konstantinopel, 2000 Militär- und 200 Zivilpersonen in Odessa und 9500 Militär- sowie 200 Zivilpersonen in Nikolajew befinden.

— München will Budapest folgen. In München wird sich unter dem Eindruck der Vorgänge in Budapest eine neue völkische Bewegung. Die Kommunisten rufen zu Kundgebungen der Massen für eine bayerische Räterepublik für die kommenden Sonntag auf.

— Die Reform des Militärstrafrechts ist nunmehr vom Reichsministerium fertiggestellt worden und den Gesetzen und dem Reichsmilitärgericht zur Beantwortung vorgelegt worden. Ueber den Inhalt ist nur so viel zu sagen, daß künftighin alle nicht reinmilitärischen Strafsachen an die Zivilgerichte überführt werden.

— Zur Frage des Ruhegehalts der Staatsbeamten wird in der halbmonatlichen „Dsch. Wk. Nr.“ von maßgebender Stelle geschrieben: Es bleibt auch in Zukunft, von Ausnahmefällen abgesehen, die Zurücklegung einer Dienstzeit von mindestens zehn Jahren und eintretende Dienstunfähigkeit oder an deren Stelle die Vollendung des 65. Lebensjahres Voraussetzung für die Pensionierung. Neu ist die Bestimmung, wonach unmittelbare Staatsbeamte, die nach Vollendung des zehnten Dienstjahres bis zum 31. Dezember 1920 infolge der Umgestaltung des Staatswesens ihre Versetzung in den Ruhestand nachsuchen, in den Ruhestand zu versetzen sind, wenn nicht eingetretene Dienstunfähigkeit oder die Vollendung des 65. Lebensjahres Vorbedingung des Anspruchs auf Ruhegehalt ist. An dieser Vorschrift ist aber zu bemerken, daß sie vorläufig noch nicht maßgebende praktische Geltung bekommen wird, denn es sind dazu noch mehrere Ausführungsbestimmungen des Staatsministers zu erwarten, die für deren Anwendung die Richtlinien geben werden.

Aus Stadt und Provinz.

Direktions, 23. März 1919.

Wettervorauslage
der Wetterdienststelle Breslau für Freitags
Veränderlich, windig, kühl.

Umordnung der Kriegsteuerungszulagen.

Nach einer neuen Regierungsanordnung werden die Zulagen der Staatsbeamten und Lohnangestellten höherer Ordnung mit Rückwirkung vom 1. Januar 1919 anderweitig als bisher geregelt. Die bisherigen Kriegsteuerungszulagen usw. fallen fort und es wird eine neue einheitliche Kriegsteuerungszulage gewährt, deren Höhe nach drei Gehaltsgruppen und drei Ortsklassen berechnet werden. Hochrechend sind die Monatsbeiträge dieser Kriegsteuerungszulagen nach den verschiedenen Gehaltsgruppen und Ortsklassen noch der für jedes zu berücksichtigende Kind zu gewährenden monatlichen Kinderzulagen zusammengefaßt. Sie betragen bei einem jährlichen Dienstverdienst:

	bis 1800 M.	1800—4800 M.	4800—13000 M.	Abwärts
Ortsklasse A	200	195	190	50
Teure Orte (ohne a)	180	170	160	40
Sonstige Orte	150	140	130	30

Lebige Beamte und Lohnangestellte erhalten 80 Prozent der Zulagenzulage, wenn sie das 21. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, die Hälfte der Beiträge für Lebige, aber nicht weniger als bisher. Den Beamten mit einem Dienstverdienst von mehr als 1800 M., 4800 M. oder 13 000 M. sind die Kriegsteuerungszulagen gegebenenfalls bis zu demjenigen laufenden jährlichen Gesamtbetrage an Dienstverdienst und Kriegsteuerungszulage zu zahlen, den sie erhalten würden, wenn sie den höchsten Gehaltsgrad der vorangehenden Gruppe bezögen. Für Beamte im Ruhestande ist der Mindestsatz auf 50 Prozent festgesetzt, kann aber aus besonderen Gründen bis 100 Prozent gewährt werden.

Zum Kreishaushalts-Voranschlag für 1919/20.

Die Kreissteuerer sollen (nach dem Antrag des Kreisratsschusses für den Kreisrat am 11. April), wie gemeldet, von 48 auf 47 1/2 % erhöht werden. Die Deckung der Provinzialabgaben und Landormenlasten erfordert ein Mehr von rund 43 800 M., der allgemeinen Kreisbedürfnisse von 20 620 M. Die Umkehrer ist mit 15 000 Mark mehr gegen das Vorjahr angelegt.

Infolge der starken Steigerung der persönlichen und sachlichen Kosten der landesrätlichen und der Kreisverwaltung soll dieser gesamte Aufwand auf Kreismitteln gedeckt werden, wogegen der Landrat die ihm vom Staat zu zahlende Dienstaufwands-Entschädigung reißlos an die Kreis-Kommunalkasse abführt. Dem Landrat standen bisher für diese Zwecke 12 812 M. zur Verfügung, doch hat der Bedarf im letzten Jahre 30 459 M. erreicht.

Wegen der Uebertragung der Veranlagungsarbeiten der Warenumschlagsteuer an den Kreisratsschuss schloß dieser vor, die Stelle eines zweiten Kreisratsschuss-Sekretärs zu schaffen, die Stelle des Kreisratsschuss-Assistenten zu besetzen und dafür eine Hilfskraft zu schaffen. — Durch Verbindung der Kreisparlamente mit der Kommunalkasse wird die Stelle eines Kreis-Kommunalkassen-Referenten erspart, dagegen ist die Anstellung eines besonderen Kassierers notwendig.

Weiter soll ein Kreis-Landwirtschafts-Versammler angestellt werden mit einem Gehalt von 5000 Mark, der die einzelnen Wirtschaften besuchen und den kleineren Besitzern die Fortschritte der landwirtschaftlichen Technik möglichst machen soll. Späterhin soll dieser Lehrer die Leitung einer landwirtschaftlichen Winterschule übernehmen.

Die Wanderhandelschule kann der Vaterländische Frauenverein Erdmannsdorf nicht weiter betreiben, doch vortan das Landwirtschaftsministerium die sofortige Aufnahme des Unterrichts. Der Kreisratsschuss erbittet daher hierfür 1200 Mark bereitzustellen.

Ein Kraftwagen soll für 6—7000 Mark angeschafft werden, hauptsächlich für dienstliche Fahrten des Kreisbauweisers und eventuell auch des Landrats.

* (Eine Erhöhung der Preise für Fleisch- und Wurstwaren) mußte infolge Festsetzung höherer Schlachtpreise vorgenommen werden. Die um mehr als ein Drittel erhöhten Preise sind in der vorliegenden Nummer abgedruckt, treten bereits diese Woche in Kraft und gelten bis zum 1. Juni 1919.

* (Änderung der Bezeichnungen für Polizeibeamte.) Nach einer Beschlusse des Ministers des Innern erhalten die Beamten der staatlichen wie auch der kommunalen Polizei fortan die Bezeichnungen Polizeiwachmeister (in Girschberg bisher Polizeisergeant) und Polizeioberwachmeister (in Girschberg bisher Polizeiwachmeister).

(Ein Kreis-Wirtschaftsverband), der die Organisation aller Landwirte, auch der Kleinen, bezweckt, wurde Donnerstag im Hotel „Drei Berge“ nearlindet. Der Einberufer, Herr Wuttke, sowie Genossenschafts-Instruktor Weber-Breslau sprachen sich in längeren Ausführungen über Zweck und Ziele der Organisation aus. Der Verband vertritt keine politischen, sondern nur Berufsinteressen der Landwirte. Dieser Zweck soll erreicht werden durch wirtschaftliche Förderung und Vertretung der Berufsinteressen gegenüber allen Behörden, Förderung der landlichen Genossenschaftswesen, Förderung der Produktion und des Anbaues. Der Beitrag soll 20 Pfg. pro Morgen betragen, außerordentliche Mitglieder zahlen 5 Mark pro Jahr, Genossenschaften 1 Mark pro Mitglied. Alle Redner der außerordentlich zahlreich besuchten Versammlung betonten die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Aus jeder Gemeinde wurde dann ein Vertrauensmann gewählt und aus deren Mitte der provisorische Vorstand. Mit dem festen Ausbau der Organisation soll in ganz kurzer Zeit begonnen werden.

(Der Eisenbahnverkehr mit Oesterreich.) Der Zugverkehr auf der Strecke Friedeberg-Messersdorf-Heinersdorf ist seit gestern Donnerstag wieder aufgenommen.

(Spartakistische Antiriede in Oberschlesien.) Die Spartakisten setzen ihre Hebarbeit in Oberschlesien unentwegt fort. Durch ein Flugblatt war für den 24. März ein neuer Streik geplant. Der Streikhebe sollte außerdem eine Versammlung dienen, die am Sonntag, 23. d. Mts., in Kartowid abgehalten werden sollte. Diese Versammlung hat infolge der Vorkehrungsregeln der Regierung und des Grenzschutzes, die jetzt energisch die Verfolgung der Spartakisten betreiben, nicht stattgefunden.

(Die Ueberschüsse der Kreisparlamente) für 1917/18 welche zu gewinnbringenden Zwecken verteilt werden können, betragen bei einem Reingeholm von 74 923 Mk.: 56 192 Mk. Der Kreisauschuss schlägt dem am 11. April zukunftsweisenden Kreistage vor, die Ueberschüsse wie folgt zu verwenden: dem Notstandsfonds wie bisher 1000 Mk., für Sparprämien 320 Mk., an bedürftige Gemeinden für Friedewohlfahrtsausgaben 11 460 Mk., an Steinoffen zum Chausseebau 3000 Mk., der Ueberschusskasse 35 412 Mk.

(Der Veflügelgähter-Verein) nahm am Dienstag sechs neue Mitglieder auf. Eine längere Ausprache veranlaßte Brucier und künstliche Brut: besonders letztere stöße gegenwärtig auf Schwierigkeiten, da die dazu notwendige Versorgung, das Petroleum, fehlt. Tauben- und Hühnerfutter steht, wie mitgeteilt wurde, demnächst in Aussicht. Wenn die Verhältnisse einigermaßen günstig, beabsichtigt man, im Frühjahr eine Ausstellung zu veranstalten.

(Der Schlesische Lehrerverein) nahm in seiner letzten Versammlung eine Entschloßung an, die sich gegen jede Abtretung schlesischer Gebietssteile ausspricht. Eine zweite Kundgebung befaßte sich mit der wirtschaftlichen Notlage der Lehrer.

(Deutscher Offizierbund, Ortsgruppe Dirschberg.) Für die Kreise Dirschberg und Schönau hat sich am 22. März eine Ortsgruppe des Deutschen Offizierbundes gebildet.

(Postkammerdienst.) Vom 1. April ab sind die Schalter des hiesigen Postamts von 7 Uhr vorm. bis 7 Uhr nachm. für den Verkehr geöffnet.

(Dirschberger Stadttheater.) Von der Theaterleitung wird und gefeiert: Freitag ist der Benefiz- und Ehrenabend für die so beliebte Soubrette Frä. Ida Rosen. Sie hat sich den Operettenhauw von Paul Linde: „Als ich um 14 Jahre“ gewählt. Die Künstlerin hat auf dem Gebiete der komischen Rollen hervorragendes geleistet, und der Besuch dieses brokliken Stückes ist sehr zu empfehlen. — Sonntag wird für das Gewerkschaftstheater zu ganz kleinen Preisen „Preciosa“ gegeben unter Mitwirkung des Herrn Konstel-Berlin und der Gesangsstärke von Frau Käbler.

(Kunstnotiz.) In Ables Buchhandlung sind gegenwärtig eine Anzahl Arbeiten von Frau v. Renz in Schwednitz, einer Schülerin von Prof. Febr-Berlin und Prof. Wildens-Dresden, ausgestellt. Bildnisse in Öl und Pastell, sowie einige stoffgemalte Landschaften dürften den Besucher interessieren. Gleichzeitig machen wir auf eine stimmungsvolle Alpenlandschaft von Prof. Morancien und eine Anzahl Radierungen von Erich Buch mit Motiven aus Bauernhäusern und Landschaften am Fuße der Friesensteine aufmerksam.

(Justizpersonalien.) Dem Landgerichtspräsidenten, Geheimen Oberjustizrat Dr. Leuschner in Oppeln ist die nachgesuchte Dienstentlassung mit Ruhegehalt erteilt. Zu Notaren sind ernannt: Die Rechtsanwälte Justizrat Max Pressner und Johannes Jansen in Piesnitz, Dr. Georg Sohn in Waldenburg. In der Liste der Rechtsanwälte ist gelöscht Rechtsanwalt Dr. Schuler bei dem Amtsgericht in Friedeberg am Queis.

(Wärmehaun.) 27. März. (Die Gründung einer Einwohnerwehr) wurde in einer gestern abend im „Schwarzen Adler“ beendeten Versammlung beschlossen. Die Leitung der Wehr übernimmt Oberl. A. von Kähler.

(Schwedeberg.) 27. März. (Zum Diebstahl) eines geschlachteten Worfes bei dem Gastwirt Tröndberg ist zu bemerken,

daß es sich nicht um einen Artilleristen, sondern um einen Jäger von der Masch-Gew.-Abtlg. handelt.

(Sühnenbad, 24. März.) (Landwirte-Organisation. — Elektrisches.) Hier hat sich eine Ortsgruppe organisierter Landwirte gebildet, welcher sofort 36 Landwirte beitraten. — Die Lichtgemeinde beschloß den Preis für Kraft auf 30 Pfg. und für Licht auf 50 Pfg. zu erhöhen.

(Landeshut, 27. März. (Landratsamt. — Grenzschutz.) Landrat v. Beiler hat von der Regierung den erbetenen Urlaub genehmigt erhalten. Das Amt hat provisorisch Bürgermeister Springner aus Liebau übernommen. — Der Arbeiterrat hat nach einstimmigem Beschluß an den Reichswehrminister Post eine Entschloßung gesandt, in der er um abschließende Abberufung des Grenzschutzes bittet, da die Arbeiterchaft in dem Grenzschutz eine Provokation sieht und eine Eskalation nicht erkennt.

(Weißwasser, 25. März. (Erordnung eines Gendarmerie-Wachmeisters.) Da seit einigen Wochen in den Forsten des Rittergutes Ließlau (nördlich von Weißwasser) Karf gewildert wurde, beauftragte sich Wachmeister Garitta mit dem Inspektor um die Mittagszeit auf die Suche. Auf der Chaussee stießen sie ein verdächtiges Fuhrwerk an. In diesem Augenblick wurde der Wachmeister aus dem Hinterhalt niedergeschossen. Er war sofort tot. Als Täter kommt ein Soldat in Frage. Der Wagen fuhr in der Richtung Schiefe-Mustau davon. In Begleitung des Täters befanden sich ein jüngerer Soldat, sowie eine ältere Person mit schwarzem Bart.

(Breslau, 26. März. (Teilstreit der Versicherungsangehörigen.) Die Angehörigen eines größeren Teiles der Versicherungsbetriebe haben erklärt, heute morgen in den Streik treten zu wollen. Zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern war eine Vereinbarung getroffen, nach der Entschuldungsbeträge und Gehaltszuschläge an alle Angestellten gezahlt werden sollten. Ein Teil der Arbeitgeber hat diese Zahlungen geleistet, aber ein nicht unerheblicher Teil sucht sich der Zahlungsverpflichtung zu entziehen. Sollten die Zahlungen bis Montag nicht in allen Betrieben durchgeführt sein, so wollen sämtliche im Versicherungswesen beschäftigten Angestellten in den Schutzbereich eintreten.

Volksauschuss.

Sitzung vom 26. März.

Eier-Gewinnkämpfung.

Der Geschäftsführer des Lebensmittel-Ausschusses, Herr Klauke, bringt Klagen zur Sprache, daß in den Fremdenorten schon jetzt für die zu erwartenden Fremden Eier gesammelt werden, andererseits, daß die Eier durch zu viele Hände gingen und dadurch verteuert würden, endlich, daß den Selbstversorgern auch noch Marmelade und Honig geliefert würde. Dierzu wird bemerkt, daß, um einen Ausgleich für Bruch und Diebstahl bei den Eiern herbeizuführen, der Kreiseinkauf einen Aufschlag von einem halben Pfennig bei Eiern aus dem Kreise und von 2 Pfg. bei solchen von außerhalb nehmen müsse. Marmelade und Honig sei den Landwirten gegeben worden zu einer Zeit, wo der Kreis verhältnismäßig viel davon hatte, um sie zu bewegen, mehr Butter zu liefern. Wegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft für Eier sprach man sich allgemein aus, da eine Vertuerung der Eier dann unvermeidlich sei. Der Kreisauschuss wurde gebeten, bei den zuständigen Behörden für Beibehaltung der Eierkarten vorstellig zu werden. Die von der Montag-Versammlung vorgeschlagene Nachprüfung der Federfleisch-Zählung soll bis zur Klärung dieser Frage hinausgeschoben werden.

Garkhaus-Kontrolle.

Der vom Volk- und Kreisauschuss bestimmte Kontrolleur, Herr Schab, berichtete dann über eine am Dienstag in Dirschberg vorgenommene Revision und teilte mit, daß er u. a. 10 Schock Eier, die meist mit 60 Pfg. pro Stück bezahlt worden sind, vorgefunden habe; im einzelnen seien in der Konditorei Merrin vorhanden gewesen: 26 Pfund Butter, wovon 10 Pf. ausländ. sein sollte, 3 Pf. Riegeltal, 8 Pf. Speck, einige Pf. Schweinefleisch, 2 1/2 Pfund Minderstalt, 2 1/2 Schock Eier; in der „Kaiserstraße“ 7 geschlachtete Hühner und 2 geschlachtete Gänse; im „Braunen Dirschen“ 3 Schock Eier, 6-8 Pfund Schweinefleisch, ein Stück Speck, 5-6 Pfund Fleisch; im Hotel „Bellevue“ 2 1/2 Schock Eier, 10 Pfund Minderfleisch und 2 Pfund Schweinefleisch; in dem bekannten Geschäft auf der Schützenstraße 21 Pfund Butter. Die Sachen sind größtenteils beschlagnahmt worden. Ueber die Kriegereimerlehrer in Heilsdorf wird mitgeteilt, daß dort nicht 500, sondern nur 192 Eier verbraucht worden sind.

Zur Frage des neuen Regierungspräsidenten nahm dann der Volksauschuss Stellung. Herr Klauke, der am Sonntag an einer Delegierten-Konferenz in Piesnitz teilgenommen, berichtet darüber. Bekanntlich soll der jetzige Regierungspräsident von seinem Posten zurücktreten und der Zentralvolksrat in Breslau hat zum Nachfolger den Landrat von Eyrichau, Herrn von Kottwitz, vorgeschlagen, während die Regierung gern ihren Oberbürgermeister Charbonnier auf diesem Posten sehen möchten. Damit haben sich die Vertreter Niederschlesiens nicht einverstanden erklärt, weil einerseits dem Landrat von

Erstau wenig Vertrauen entgegen zu bringen sei, andererseits die niederschlesischen Kreise in dieser Beziehung überhaupt nicht befragt worden sind und weil endlich die Ansicht besteht, daß der Zentral-Vollrat in Breslau nicht paritätisch zusammengesetzt sei. Es wurde demzufolge eine Kommission gebildet, die beim Zentralrat in Breslau beantragen soll, daß vor Neuweisung des Postens des Regier-Präsidenten erst Niederschlesien befragt werden soll, ferner soll eine Zentralisation der Arbeiter- und Bauernräte in Niederschlesien erfolgen. Auch eine Neuweisung der Landratsämter soll erfolgen. Wena mit Breslau keine Einigung in dieser Beziehung zustande kommt, soll der letzte Beirat der Regierung, Herr Kupperl-Klein, die Geschäfte weiterzuführen. Herr Flabel berichtete dann noch über den Verlauf der Konferenz zur Sprache gekommenen Schleichhandel und stellte an Hand vieler Beispiele fest, daß man in dieser Beziehung überall daselbe Lied singt.

Sperrung des Fremdeverkehrs.

Herr Ernst und Herr Krause berichten über die am Montag im Konzerthause abgehaltene Sitzung der Orts- und Arbeiterausschüsse sowie der Gemeindevertretungen und man kommt zu dem Beschluß, die Sperrung des Fremdeverkehrs erst bei der Regierung zu beantragen, so lange, bis die Landwirtschaft in der Lage ist, die einheimische Bevölkerung genügend mit Getreide zu versorgen. Landrat von Vitter teilt mit, daß die Maßnahmen zur Weizenversorgung bereits in die Früchte angeht haben. In einer Gemeinde seien 14 Hausanstellungen zwei Zentner Weizen gesammelt worden, vielleicht ist auf diese Art doch noch die Hilfe zu hoffen, außerdem bestehe die Hoffnung, daß ober-schlesischer Speck rationiert, der allerdings teuer sein wird, durch Zuschüsse des Preisess aber auf einen annehmbaren Preis gebracht werden soll. Bei Erörterung der Frage der

Aufhebung des Grenzschutzes

hat ein Vertreter des Grenzschutzes, Herr Klute, namens seiner Kameraden scharfen Protest ein gegen die in der letzten Sitzung erhobenen Vorwürfe. Die „Drohnen“ wollen das schlitzen, was der Arbeiter schafft. Auch unter den Arbeiterführern, die von den Arbeitergebern leben, gebe es sogenannte Drohnen. 75 Prozent der Mannschaften des Grenzschutzes seien aus der engeren Heimat und diese wollten sie schützen, und auch in der Stunde der Gefahr ihren Mann stellen. In den Dörfern seien die Leute froh, daß der Grenzschutz da sei, weil dort seit der Anwesenheit der Soldaten die Diebstähle aufgehört hätten. Niemand könne den Soldaten verdenken, daß sie etwas kaufen, wo sie es erhalten, es hanstert eben alles, selbst die Arbeiterführer. Zugabegeben müsse werden, daß der Grenzschutz in der Fleischversorgung besser gestellt sei, dafür sei das Essen aus der Feldküche aber auch nicht so subrettel, wie das der anderen Leute. Wenn die Arbeiter heute zunehmend höhere Löhne hätten, dann muß der Grenzschutzsoldat für das ihm eventuell drohende Losschleien auch mehr bekommen. Bieten gibt es beim Grenzschutz nicht. Wenn der Grenzschutz aufgelöst würde, dann fallen Tausende dem Staate zur Last, die eventuell arbeitslos herumlungern und so mißsährige Werkzeuge der Spartakisten würden. Auch gehe man beim Grenzschutz nicht bezahlen, da heute ein geregelter Dienst vorhanden sei. — Herr Ernst er sucht, die Arbeit der Arbeiterführer zu kontrollieren und die Hanstierer unter diesen nambast zu machen. Im Grenzschutz herrsche Gesinnungsschnitzerei und das Spartakistischer werde künstlich geschürt. Die Diebstähle haben seit Bestehen des Grenzschutzes nicht aufgehört, sondern zugenommen. Die Eschewen-Gelahr sei bestellte Arbeit, wenn die Eschewen kommen werden, wären sie längst da. In Schretbendorf seien 15 Vettersticker in den Grenzschutz aufgenommen worden, auch ein 68jähriger Mann sei dabei. Beweis davon, daß man nicht aus Vaterlandsliebe, sondern des Gelderwerbes wegen zum Grenzschutz geht. Der ganze Grenzschutz sei überflüssig. — Herr Weid meint, daß niemand im Saale über die Notwendigkeit des Grenzschutzes etwas verständiges Urteil habe. Man müsse Vertrauen zur Regierung haben. Wenn man früher eine ähnliche Infanterie gehabt hätte, dann wäre aus Posen mit seinen großen Lebensmittelvorräten nicht verloren gegangen, auch Oberschlesien wäre ohne den Grenzschutz vielleicht schon dahin, schließl... Eschewen auch die... schaub da ist... zurück vor An... wünschenswerten... zu dem die Arbeiter doch Vertrauen haben können, hält den Grenzschutz für notwendig, hier aber ist festzustellen, daß seine Anwesenheit in Mißbilligung geführt hat. Der Redner beantragt deshalb, erstens das Kriegsministerium zu bitten, den Grenzschutz, sobald es nur eben militärisch zulässig ist, zurückzuziehen, wenigstens die jeweils in Industrie liegenden Abteilungen in den Städten und nicht auf dem Lande unterzubringen, und zweitens die Brigade zu bitten, zu Gunsten der Zivilbevölkerung auf ein Pfund Fleisch pro Woche und Kopf der Grenzschutzmannschaften zu verzichten. Die Mannschaften würden leicht davon zu überzeugen sein, daß sie mit den ihnen verbleibenden 2 Pfund Fleisch in der Woche immer noch erheblich besser gestellt seien als die Zivilisten. — Nach längerer gründlicher Ausdrache, in der der Vorwurf des Drohnentums von beiden Seiten wiederholt zur... wiesen und Nachweis über die in Posen verloren gegangenen gewaltigen Vorräte geführt wird, werden die Anträge Weid einstimmig angenommen.

Verständenes.

Als Delegierter zu einer am 29. März in Breslau abgehaltenen Konferenz des Zentral-Vollrates wird Herr Ernst bestimmt.

— Eine Bitte, den Kriegsbeschädigten zwei bis drei Sitz im Volksausschuß einzuräumen, wird abgelehnt, da eine Neuorganisation oder Neuwahl der Volksräte demnächst bevorsteht. — Herr Krause er sucht um Ausführung des seinerzeit gefassten Beschlusses betr. der kaufmännischen Angelegenheiten und er sucht Weiden und Privatleute nachmass, die weiblichen Arbeitskräfte soviel als möglich durch männliche zu ersetzen. — Herr Lampe wünscht, den Grenzschutz bei Hartau als Aderland nutzbar gemacht und Herr Ripke gibt Ausschluß über verschiedentlich gemachte Anfragen betr. Schleichhandel und Warenversorgung.

Sprechsaal.

Die Redaktion übernimmt für diese Rubrik nur die pressegesellschaftliche Verantwortung.

Resolution des I. Batt. Gri.-Inf.-Regts. 1. 6. U. Nr. 2.

Das gesamte 1. Bataillon legt Verwahrung ein gegen die grundlosen Verdächtigungen, welche in der Sitzung des Volksausschusses am 19. 3. 19 in Dirschberg zur Sprache gekommen sind. Das gesamte Bataillon ist der Ansicht, daß man die Notwendigkeit des Grenzschutzes dem nachsahenden mittelständigen Geschverständigen überlassen sollte. Eine derartige Angelegenheit gehört im Interesse der Landesverteidigung nicht in eine öffentliche Sitzung des Volksausschusses. Das Bataillon weist derartige schwere Verdächtigungen mit Entrüstung zurück und bedauert nur, daß die Mitglieder des Volksausschusses nicht mehr Bildung besitzen, denn sonst könnte man die Lächerlichkeit und die Ehre der Angehörigen des Bataillons nicht in derartiger Weise in den Schmutz ziehen. Die Angehörigen des Bataillons betrachten sich als aerechte und ehrenhafte Soldaten, welche nur aus Liebe zur Heimat dem Rufe zu den Waffen gefolgt sind.

von Amami, Hauptmann und Stabs-Major.
Der Soldatenrat. S. N.: Bruchmann.

Kunst und Wissenschaft.

Dirschberger Stadttheater.

Die Firma Oskar Balthes, Leo Walter Stein und Rudolf Nelson hat etwas hoch acarriffen, wenn sie ihrem „Vrachmädels“, dem Erzeugnisse ihrer vereinigten Kräfte, die Besetzung „Operette“ gab. „Schwau mit Lanzelotten“ wäre ein ganz passender Ausdruck gewesen.

Das an sich la tragische Thema von den unverschuldeten Väter, die ihre Söhne zu einem ihnen wesensfremden Beruf zwingen wollen, wird hier ins Komische umgebogen und zur Entfaltung einer ganz sibielen Handlung ausgenutzt. Und das ist la die Reizart der sogenannten Operette, die meistens auf eine geschlossene Handlung verzichtet, innerlich etwas. Es sind da zwei junge Leuten, die recht glücklich sein würden — wenn sie mal so ein Klein bißchen die Bänder vertauschen könnten. Der Sohn des Hofschälchtersmeisters könnte dann, ohne mit seinem alten Herrn in Konflikt zu geraten, Tag und Nacht studieren, und der Sohn des Herrn Abgeordneten könnte dann, ohne den bescheidenen Beruf zu machen. Aber die „Dichter“ sind keine Unmenschen. Nach den üblichen Tränen und der üblichen Grobheit lassen sie ihre Herzen doch zum Ziele kommen, den einen Damm seiner Standhaftigkeit und opferbereiten Kindesliebe, den anderen mit Hilfe des Grenzschutzschutzes und der — Mitgefühl seines „Vrachmädels“. Denn das gehört auch zur guten Lösung, daß beide die richtigen Mädel kriegen. Und all und hing freut sich ins halsich stürmisch Beifall und geht mit dem Bewußtsein nach Hause, einen „reizenden“ Abend verleben zu haben. „Er war...“ und „sie war...“! Und tanzen konnten sie! Tanzen!!! — und der maßlose Dankeschab ist von neue Verlen bereichert: „Erke, id wuße, Du bist was für mich“ und „Ach, wie schön ist die Welt, wenn die Welt“ im Arme man hält,“ usw. usw. Daß diese Tanzszenen mit der Handlung nicht im geringsten zusammenhängen können, schab... ja nichts, die Hauptsache ist, daß sie angenehme Klänge und daß man nach ihnen tanzen kann. Und das kann man! Sie sind in die Eintagsfliegen nach dem Muster der neuen Berliner Volksschule: ganz nett melodisch, gut rhythmisiert und nach dem üblichen Schema instrumentiert.

Die Aufführung war gut. Es wurde flott gespielt, reißend gesungen und Laft gehalten. Die Benefiziantin, unser bestes Frä. Suttner, konnte sich freuen: sie hatte ein „bombenvolles“ Haus, und der Cabentisch war reich besetzt. Sie war ein nettes „Vrachmädels“, als Darstellerin und Tänzerin tragisch, voll Leidenschaft und raffigem Schmelz. Als Hofschälchtersmeister war Herr Otto wieder ganz in seinem Element. Eine recht gute Leistung — auch nach der humoristischen Seite — bot der vielgewandte Herr Walter-Weidne. Herr Weidner spielte nicht in der Rolle des praktisch veranlagten Rudolf ganz ausgerechnet. Die Anbeinandererschmähung mit Herrn Otto war köstlich. Frä. Knipfer ist eine Darstellerin, die stets den richtigen Ton trifft. Herr Stabel war voll Würde. Die anderen Darsteller müssen sich mit einem Gesamtlobe begnügen. Herr Krause-Rorden war wieder der sichere Führer. Das Orchester spielte sauber und mit dem nötigen Schwunge.

Tagesneuigkeiten.

Kommunistische Gerechtigkeit. Wie aus Budapest gemeldet wird, hat die ungarische Regierung die Bevölkerung für die Verteilung der Lebensmittel in drei Klassen eingeteilt. Das Proletariat im Sinne des Wortes und die rote Armee werden unendlich versorgt, der kleine Mittelstand, insbesondere die Kfz-Besitzer, erhalten die Hälfte der Lebensmittelportionen, während alle übrigen als Bourgeoisie aufgefasst werden und auf keinerlei Vergünstigungen zu rechnen haben.

Letzte Telegramme.

Der Bolschewismus in Polen und Oberschlesien.

○ **Beuthen, 27. März.** Der Bolschewismus macht in Polen erschreckende Fortschritte. Ein Hauptstück der Agitation ist die Industriekrise in Lodz. Hier hat die Arbeitslosigkeit so überhand genommen, daß die Bevölkerung in hellen Schrecken zur Auswanderung gedrängt und die bolschewistischen Agitatoren einen guten Boden finden. Es wird ganz offen von einem großen Aufstand in den nächsten Wochen gesprochen. Auch auf das Industriegebiet von Bendzin hat die Bewegung übergriffen. Von hier aus hat sie sich weiter in den oberschlesischen Industriebezirk ausgedehnt. Die Spartakusbewegung in Oberschlesien heißt, das ist authentisch festgestellt worden, in unmittelbarem Zusammenhang mit dem polnischen Bolschewismus. Um den Feldzugplan für die nächsten Wochen festzulegen, sind in den nächsten Tagen Zusammenkünfte zwischen den deutschen und polnischen Anhängern der Spartakusbewegung an der oberschlesisch-polnischen Grenze geplant.

Eine bessarabische Republik.

○ **Amsterdam, 27. März.** Daily Telegraph meldet aus Warschau, daß in Chotin eine bessarabische Republik ausgerufen worden ist. Ein Direktorium wurde gebildet, welches die Befreiung der Feindseligkeiten gegen die rumänische Armee befohlen hat. Die Bewegung geht augenscheinlich von den Bolschewisten aus. Zu dem Zweck, mit Budapest und Bukarest in Verbindung zu kommen.

Sozialisierung in Ungarn.

wh. **Budapest, 27. März.** Durch eine Verordnung des revolutionären Rates werden alle Betriebe, die am 20. März mehr als 50 Arbeiter (Bergwerke und Industrien) beschäftigen, unter die Kontrolle der Arbeiter auf gesellschaftlicher Grundlage gestellt. Die Betriebe werden durch Volkskommissare geleitet.

Die Entente gegen Ungarn.

○ **Wien, 27. März.** Zwischen den Regierungen in Prag und Agrani, sowie mit der Entente wurden Abmachungen getroffen, die sich auf das militärische Vorgehen der Entente beziehen. Bisher sind über Birmo und Bulareff 80000 Mann (?) Entente-Truppen im Anmarsch. Amerikanische und englische Truppen werden folgen.

Wachsende Angst in Frankreich.

○ **Bern, 27. März.** Wie aus bester Quelle verlautet, herrscht in Frankreich unbeschreibliche Angst wegen der durch die ungarische Revolution bewirkten Veränderung der politischen Lage im Allgemeinen und der Situation der Friedenskonferenz im Besonderen. Der Temps gibt der allgemeinen Stimmung Ausdruck, wenn er schreibt: Die ungarische Revolution bedeutet den Wieder-

beginn des Krieges. Die Lage der Verbündeten in ganz Mitteleuropa ist kritisch. Der Volkswindismus von Ungarn werde zunächst in Sofia Nachahmung finden. Die Verbündeten können heute nicht mehr beanspruchen, daß sie allein die Geschicke der Welt regeln.

Die Arbeiterbewegung in England.

wh. **London, 27. März.** Der Bericht des von der Industriekommission im Februar ernannten Ausschusses, der die Ursachen der unruhigen Stimmung der Arbeiter und die Fragen der Arbeitszeit und der Löhne zu untersuchen hatte, wird der Konferenz, die am 4. April zusammentritt, vorgelesen werden. Er schlägt die Erleichterung eines Industriekrates vor und empfiehlt u. a. eine gesetzliche Höchstarbeitswoche von 48 Stunden und gesetzliche Mindestlohnbeschränkung. Die Vertretungen der Arbeitgeber und Gewerkschaften sollen als unabhängige Sprachorgane ihrer Mitglieder anerkannt werden. Der Ausschuss hat die Forderung erklart, im Falle der Annahme des Berichts durch die Konferenz die sofortige Durchführung dieser Vorschläge anzustreben.

Der Achtstundentag in allen Ländern.

wh. **Weimar, 27. März.** Auf eine Anfrage des Abg. Böger (Deutsche Volksp.) hat der Reichsarbeitsminister geantwortet, daß die deutsche Regierung bei der Friedenskonferenz auf Schaffung eines internationalen Übereinkommens zur Einführung des Achtstundentages für alle Arbeiter ihren Einfluß geltend machen werde.

Wichtige Beratungen in Paris.

wh. **Paris, 27. März.** Völlig konstant verbleibt die Teilnahme von Soos an den Besprechungen von Wilson, Clemenceau, Lloyd George und Orlando am 25. März als Anzeichen dafür, daß neben politischen auch militärische Fragen besprochen worden seien. Man glaubt, daß mit Oesterreich, Bulgarien und der Türkei zu derselben Zeit wie mit Deutschland Frieden geschlossen werde.

Bergung österreichischer Geesessanten in Deutschland.

wh. **Wien, 27. März.** Eine hier eingetroffene Abordnung reichsdeutscher Soldatenräte berichtete dem Staatssekretär für das Heerwesen Deutsch-Oesterreichs über das von den Soldatenräten in Deutschland gesammelte Geesessantentum der österreichisch-ungarischen Truppen, die an der Westfront gefangen wurden. Bis her sind 150 Eisenbahnwagen solcher Güter im Werte von 100 Millionen Kronen aufgeschifft, die des Abtransportes harren.

Frankreichs Politik gegen Rußland.

wh. **Paris, 27. März.** Bichon vertrat in der Kammer Frankreichs Politik gegenüber Rußlands und sagte, Frankreich sei seinem früheren Bundesgenossen treu geblieben und gebe niemals der von Clemenceau verarbeiteten Politik ab, nämlich den Bolschewismus zu bekämpfen, der die Lage Rußlands und der Menschheit sei. Bichon wurde bei diesen Ausführungen fortgesetzt von den Sozialisten unterbrochen.

Das englische Dienstpflichtgesetz angenommen.

wh. **London, 27. März.** Im Unterhaus wurde das Dienstpflichtgesetz ohne Verbesserungsvorschläge angenommen. Ein Vorschlag der Linken, das Indusstriekreuz der Vorlage auf den 31. Dezember 1919 statt auf den 30. April 1919 festzusetzen, wurde mit 282 gegen 70 Stimmen verworfen. Ein weiterer Verbesserungsvorschlag, die Pflicht zum Dienst in Rußland auszusprechen, wurde mit 252 gegen 48 Stimmen abgelehnt.

Für Wiederverkäufer! Kaffee-Ersatz.

Die Bestellabschnitte Nr. 7 bitte ich zur Belieferung bei mir baldmöglichst einzureichen.

**Carl Friedrich Nachfolger
Wilhelm Weiner.**

Hund,

Wenger Pointer (Brind), schwarz und weiß gefleckt, mit braunen Flecken an Kopf und Hals, entlassen. Zweckdienliche Nachricht gegen Belohnung. Herrndorf u. R.

Gutes Oelgemälde

„Straßender Fischerbote“ mit Rahmen, ca. 80x100, 1. fest. Preis von 180 Mf. einisch. Verbad. zu verk. Anfragen unter A 388 an d. Exped. d. „Boten“ erb.

Zum Wiederverkäufer an jedermann geeign. Artikel!

Sunderie v. Bezugsquellen. Leichtveräuß. Massenartik. jeder Art finden Sie in dem großen Fachblatt: Das Versand-Gaus in Pöfned. A. Nummer gratis.

Damen-

Strickstr. u. Strickstr. zum nimmh., pressen und reinigen werden angenommen. Moderne Formen zum aufprobieren liegen bereit.

Rosa Kluge, Strickberg i. Schlf., Schildauerstr. 16a.

Kümmel,

sowie Kümmelpflanzen sind, solange der Vorrat reicht, abzugeben

Dem. Ober-Thiergarten Preis Laiban. Fernstr. Thiergarten, Bes. Eleganz, Nr. 2. G. Schmidt.

Rechtsw.

Wo kann sich Schuhmacher anständig machen? Off. r. M 384 an d. „Boten“ erb.

Weißes u. hartes Brennholz

meter- und waggonweise, auch auf Osenlänge geschnitten, liefert

Niederschlesische Industrie-Zentrale, G. m. b. H., Warmbrunner Straße 15.

Zigarren,

Algaretten, Tabak, rein, liefert in gr. u. kleiner. Botten an Private und Händler (Kabat) Schröder, Berlin, Potsdamer Str. 76b.

Ausget. Haar

kauf jedes Quantum und gibt hohe Preise

Curt Miersch, Duille Bruckstraße 5.

K. A. Seife und Seifenpulver

wieder eingetroffen. Johannes Erber, Dieckberg, Gerhardsstraße 1a.

Aushänge

betr. Anlegen d. Treibriemen, vorwärts im „Boten“.

Dankagung.

Für die zahlreichen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme die uns beim Hinscheiden unserer lieben guten Tochter zuteil wurden, sprechen wir hiermit Allen unsern herzlichsten Dank aus.

In tiefer Trauer Familie O. Hunger, Hirschberg, den 27. März 1919.

Herzlichen Dank

Allen, die uns ihre Liebe und Teilnahme bei dem Tode unseres lieben, unvergesslichen Sohnes und Bruders

Robert Herrmann

bewiesen haben.

Familie Robert Ludewig,

Wilhelmplatz 1.

Dankagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Liebe und Teilnahme, die uns beim Hinscheiden unserer lieben Entschlafenen zuteil geworden sind, sprechen wir hiermit Allen unsern herzlichsten Dank aus.

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen

Karl Hornig.

Ober-Verblsdorf, den 26. März 1919.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Gattin, unserer unvergesslichen Mutter, sprechen wir auf diesem Wege Allen unsern herzlichsten Dank aus.

Familie Julius Klar.

Verblsdorf i. Mtsb., den 27. März 1919.

Am 24. März starb unser Jugendfreund

Oskar Kluge

im Alter von 22 1/2 Jahren in Plagwitz.

Bei des Lebens schweren Stürmen sankst auch Du ins tiefe Grab. Ruhe sanft, nach schweren Leiden, Die Du hier ertragen hast.

Gewidmet von der Jugend zu Alt- u. Neuschlensseiffen.

Am 26. d. Mts früh 3 Uhr entschlief nach längeren Leiden unser betrauerter treuer Vater, Schwieger- und Großvater der Stützer und Maschinenwärter

Samuel Gebauer

im Alter von 72 3/4 Jahren.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen, Mahlsch und Fischbach, den 27. März 1919. Beerdigung findet Sonnabend nachmittag 2 Uhr statt.

Wir lieben Dich zu jeder Zeit, Kommt nie drum in Vergessenheit.



Ein „Ruhe sanft“

unserm hochachtungsvollen u. lieben Jugendfreunde

Bruno Ebert.

Er starb an seinem letzten Urlaubstage, in Berlin angekommen, durch ruchlose Mörderhand am 8. März 1919 im Säuglingsalter von 21 Jahren.

Geliebter Freund! Drei lange Jahre hast Du gekämpft fürs Heimatland, Und heut steht wir an Deiner Bahre, Nachdem Du fiest von Mörderhand! Ruchlose Spartakisten - Hände Ergriffen Dich in blinder Wut Und machten Dir ein frühes Ende -

Siehst Du Dein Säuglings - Heldensblut! Ein Totenhaus ist die Welt geworden Und die Vernunft sank tief herab! Ein ew'ges Kämpfen, Blühen, Wachen, Die Jugendkraft verchlamm das Grab. - Dir, Liebster, sei die Heimat Erde Zu unserm Troste leicht und weich, Und wer auf Erden Dich verehrt Und dich Dir wünscht im Friedensreich - das ist die Jugend von Altkemnitz.

Nachdruck verboten.

Sch. in C.

Am 24. d. M., nachmittags 3 Uhr verschied nach langen, schweren Leiden unsere beliebte Tochter, Schwester, Cousine, Braut und Jungfrau

Luisa Krause

im Alter von 22 Jahren.

Sie folgte ihrem vor 4 Wochen dahingeschiedenen geliebten Bräutigam Wilhelm in die Ewigkeit nach.

Dies setzen an im tiefsten Weh

Familie Krause

Familie Menzel

und ihr seit Mai vor. 88. vermisster Bruder, Ehefrau - Erdmannsdorf, Buchwalb. Beerdigung: Sonntag nachmittags 1/2 3 Uhr.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit erwiesenen Blumenhändchen und Gratulationen sagen wir hiermit Allen unsern herzlichsten Dank. Besonders herzlich danken wir den Herren Direktoren, Beamten und sämtlichen Anwesenden der Hirschberger Talbahn für die schönen Geschenke und Gratulationen.

H. Lindner und Frau.

Verblsdorf, im März 1919.

„Freiwillige“

nimmt noch an die in Friedeberg a. Du. neu aufgestellte Komp. des 1. Inf. Regts. Nr. 1 unter den für Grenzschutz üblichen Bedingungen.

Meldungen unter Vorlegung der letzten Militärpapiere pp. Mittwoch, den 26., und Sonnabend, den 29. März, zwischen 10 und 1 Uhr im „Deutschen Kaiser“ zu Friedeberg a. Du.

Runkelsamen,

Edendorfer rote und gelbe. Gemältesamerchen gibt ab Rudolf Worts'sche Gärtn. u. Baumgärten, Geldorf i. Mtsb.

Die Beerdigung des Emil Bestlos findet Freitag 1/2 11 statt. Hirschberg, d. 28.3.19. Fr. Worb.

Bauernmalerei

Wer fertigt als Selmarbeit auf Truhen, Kasten und Herzen u. Angebote unt. N 361 an die Expedition des „Boten“ erbeten.

Ein Teil,

15 mm Durchm. u. 22 m lang, sowie eine

Holzspanplatte

ist geg. Siege od. Kanak unzutauschen. Angeb. u. P 359 an die Expedition des „Boten“ erbeten.

Nachhilfeschunden

in allen Fächern werden f. Serta, Quinta, Quarta erfolgreich erteilt. Zu erfahren Cunner & dort, Friedrichstraße 7, I. Stg.

Wer erteilt

jung. Mädchen gründl.

hausunterricht?

Offerten unter U 421 an d. Exped. d. „Boten“ erb.

Kaufmann

(Kriegsteilnehmer) übernimmt in den Abendstunden Unterricht u. schriftl. Arbeit. Auch erteile ich gründlich. Unterricht in Stenographie „Stolze-Schrey“.

Angebote unter H 410 an d. Exped. d. „Boten“ erb.

Wer spricht deutsch?

relig. würde einem besser. jungen Kaufmann einige Stunden Unterricht in deutsch. Sprache erteilen od. Konversation gewähren? Best. Angebote unt. S 379 an d. Exped. d. „Boten“.

Armbanduhre

(Radarmleuchtblatt) verloren gegangen welche Post und „Boten“ geg. Belohnung abzugeben im „Schwarzen Adler“.

Wer kauft mir

für Kind täglich 1/2 Liter Ziegenmilch? Stionsdorfer Str. 26, pri.

Ein Abschluss auf Lieferung von Ziegenmilch wird gesucht. Offert. u. O 369 an d. Exped. d. „Boten“.

Gleich. gef. 10 Stk. alte Mädel. b. a. Kinderst. d. va. Off. u. Z 374 Worb.

Suche für 12 i. Mädchen ordentl. Pflegeheime.

am liebst. in Landwirtschaft, wo sich mit nützlich machen kann. Offert. mit Angabe der Beding. unt. W 375 an die Expedition des „Boten“ erbeten.

General-Vertretung

für vornehm, glänzend begutachteten reellen Massenartikel von Konkurrenz unerreichtbar, daher leicht verkäuflich und hohen Gewinn abwerfend, zu vergeben. Mitarbeiter, zielbewußt arbeitend, an Durchführung systematischer Organisation gewöhnt, sofort gesucht. Erfolgreiche Einzelkäufer auch für Nichtkaufleute. Firma zahlt Monatszuschuß von M 250.— und für Restamtswoche M 150.—. Serren mit Betriebskapital von M 6000.— erfährt. Näheres unter P 730* Gerstmanns Annoncen-Expedition, Berlin W. 9, Potsdamerstraße 4.

Achtung!

Gäubler u. Hansierer z. Betrieb eines erstklassigen, gangbaren Waschmittels sowie ähnlicher Produkte bei selten hohem Verdienst gesucht. A. Jentsch, Rittau, Neackstr. 14 b.

Bau- und Möbeltischler, Maschinentischler und Hilfsarbeiter, Zimmerer und ausgebildete Arbeiter auch Arbeiterinnen

werden eingestellt.

Christoph & Unmack A.-G., Riesky D.-L.
Abteilung: Karaden- und Holzhausbau.

Geb. Fräulein

3 tücht. Verkäuferinnen suchen 1. Mal Stelle in Wäsche, Glas, Blumen u. Spielzeug-Branchen. Off. m. Geb. Ana. u. D 392 Bote.

Suche für 1. Mal d. J. perfekte Köchin, Köchen- u. Wäscherin, Pförtnerin. Sanatorium Kuzparl, Ober-Schreiberhau. Ein ehrl., sauberes Mädchen

Alle Hausarbeiten für sofort oder später gesucht. Frau Schüttel, Detschberg, Steinstr. 13.

Drei Mädchen mit guten Zeugnis, suchen Stell. als Zimmermädchen bald od. 1. Mai. Off. u. A. N., postlagernd Freiwaldau, Kreis Sagan.

Kraftiges, arbeitames Mädchen für Alles bei gutem Lohn in kleinen Geschäft, nahe Krummhübel sofort gesucht. Angebote unter B 460 an d. Exped. d. "Boten" erb.

Gebildete Dame, 28 Jahre alt, a. St. in Krummhübel, sehr häußl., sucht Wirkungskreis bei älterem Herrn zur Gesellschaft und Pflege (event. a. Mütter). Offerten unter A 2 postlagernd Krummhübel.

Suche zum 1. April ein sauberes, ehrl., junges Mädchen von 14 bis 20 Jahren. Frau Schmelzer, Warmbr., Neue Gasse 5a.

Ostermädchen od. größ. Schulmädchen f. den Nachmittag zu einem Kinde gesucht. Franzstraße 6, II r.

Junges Mädchen, nicht unv. 18 J., zur häuslichen Arbeit u. einfach. Küche f. Alt. Ehep. nach Schwabach gesucht. Melbg. bei Knubr, Bahnhofsstraße 29.

Für die Saison wird ein tücht., gewandtes Mädchen für Zimmer- und Hausarbeit zum 15. 4. od. 1. 5. gesucht. Haus Püttel, Krummhübel. Tel.-Nr. 213.

Anständiges Mädchen, 19 Jahre alt, Schneidern erlernt, sucht Stellung zum 1. oder 15. April bei gut. Behandlung, wo es das Kochen lernt. Gut bezogr. Offerten unter W 419 an d. Exped. d. "Boten" erb.

Wirtschaftsfraulein (38 J.) sucht Stellung in besserem, frauenl. Haush. Taschrisen erbeten an Frä. Helene Schön, Dresden, Theresienstr. 6, III.

Für gut geführte Haushalt mit kleiner Pension wird ein anständ., saub., ehrl., besseres, junges

Mädchen

für häusliche Arbeiten f. 1. 4. oder später gesucht. Dauerstellung, gute Behandlung zugesichert. Schriftliche Offerten an Frau Blaudenfeld, Hermsdorf u. L., Schulstraße 6.

Arzt., Heiss. Mädchen,

welches sich auch zum Bedienen der Gäste eignet, zum 1. 4. oder 15. 4. gef. Gasthof Schwarzer Adler, Liebau I. St.

Suche Stellung als **Stubenmädchen.** Kenntnisse im Nähen und Servieren vorhanden. Off. unter E 600 postlag. Warmbrunn erbeten.

Wirtschaftlerin,

zuverl., ehrl., mit sehr gut. Zeugn., wünscht Stelle in frauenlos. Haushalt. Angeb. erb. an Frau Knopp, Hermsdorf, Ann., Schulstr. 7.

Dienstmädchen

für bald oder 1. 4. gesucht. Sol. Akzeptanz, Vrödenbg. Eine Waisfrau wird gesucht Hermsdorf, Deutsche Kolonie Nr. 13.

20 Landarbeiterin,

werden bei 50 J. Stundenlohn u. Debitat sofort gesucht. Meldn im Gasthof Hohenstein, Markt 23.

Bedienungsfrau

für nachmittags gesucht. Bergstraße Nr. 7a, I. Ein hübsches, gesundes Mädchen, 24 Jahre alt, wird an Stelle statt vergeben. Gest. Offerten unter E 369 an die Expedition des "Boten" erbeten.

Suche f. meinen 14jähr. Sohn auf einem kl. Gute Stellung zur Erlernung der Landwirtschaft. Angebote unter L 385 an d. Exped. d. "Boten".

Besser. jung. Mädchen

als Lehrmädchen gesucht. Voranstell. Bergstraße 11, III r., von 1 bis 4/3 und 7-8 Uhr abends. Schriftl. E. Hoytstod.

Suche f. sofort od. 1. April ein tüchtiges **Dienstmädchen.** S. Kroll, Café "Hindenburg".

Gesucht zum 1. 4. oder später ein **Alleinmädchen** für Berlin, Vorlesen bei Dehmel, Dirschberg Schl., Dunkle Bergstr. 11, II.

Anständ. Fräulein

von 25 J. sucht Landaufenthalt, wo sie sich in der Wirtschaft nützl. mach. L. da firm in Küche u. Haushalt, für kl. Donorar, da etwas erholungsbed. Off. u. D 370 an den "Boten".

Für mein Mädel, 19 J., arsch u. kräft., suche ich auf einem arsch. Gute Stellung zur weiter. Ausbildung u. Erlernung der Küche p. April. ev. Mäter. Gest. Offerten an Kaufmann Paul Wünsch, Dirschberg I. Schles., erbeten.

Frau oder Mädchen

zu Kindern sucht für bald oder 15. April Frau Berta Krebs, Gutsbesitzer, Gleichen bei Rabitzhau.

Suche zum 1. April od. Mäter ein tüchtiges, ehrl. **Dienstmädchen.** Frau Redakteur Werth, Hirschberg Nr. 5.

Zwei junge Mädchen

(Schwestern) suchen Saisonstellung als **Stubenmädchen.** Angebote unter T 356 an d. Exped. d. "Boten" erb.

Jung. Dienstmädchen,

somit oder 1. 4. 19 gef. Kleine Poststraße 1, I.

Jüngeres Dienstmädchen

f. eine alleinst. Frau für 2. April od. spät. gesucht. Meldungen Langstraße Nr. 2 im Laden.

Ein ordentliches Mädchen an leichter, häußl. Arbeit und z. Bedienen der Gäste sucht zum 1. April d. J. S. G. G. Z. l. a. c. h., Restaurant Hausberg.

Chauffeur-Verein Hirschberg u. Umgegend.

Sonabend, den 29. März, im Felsenkeller (Cavalierberg) zur **Kriegerheimkehrfeier: Grosses Tanzkränzchen** mit humoristischen Vorträgen. Gäste herzlich willkommen. Anfang 7 Uhr. Der Vorstand.

Gewerliche Jung. Wirtin in Landwirtsh. u. kl. Mann in kleine Wirtschaft, suche Mädchen in Privat-Gasthof u. Gastion, Landmädchen und Burden. Marie Otto, gewerbl. m. d. Stellenverm., Gasthof "zum Kronprinz", Tel.-Nr. 208.

Möbl. Zimmer zum 1. 4. an soliden Herrn zu verm. Mühlgrabenstraße 31, I. Wagenremise mit Nebenraum, Neuboden, ev. auch Stallung für 2 Pferde zu vermiet. Möbl. Mühlgrabenstr. 31, Hof, I. Kom.

Wohnung zu Pension, zweif. für bald oder spät. 6-7 J., Beigel., Nähe v. Bäder in Warmbrunn, gesucht, ev. auch in Dirschberg. Offerten unter D 414 an d. Exped. d. "Boten" erb.

Wohnung

von 1-2 Zimmern mit Küche suchen junge Eheleute ohne Kinder zum 1. Juni, mögl. in Warmbrunn, Dirschberg od. Umgegend. Angebote unter M 406 an die Expedition des "Boten" erbeten.

Möbl. Zimm. m. 2 Bett. m. Mittagst. od. g. Verh. gef. Off. Z 396 an Bot.

4-Zimmer-Wohnung mit Gas zum 1. Juli gesucht. Offert. mit Mietzins unter Z 418 an die Expedition des "Boten" erb.

2-3-Z. Wohn.

mit Küche in best. Hause sucht ja. Ehepaar d. 1. 4. od. spät. Offert. u. F 369 an den "Boten" erbeten.

2-3 Zimmer u. Küche

b. ruh. Mietern in Dirschberg oder zwischen Dirschberg und Hermsdorf oder Hermsdorf, ev. auch Petersdorf per Anfg. April oder 1. Mai für einige Monate zu mieten gesucht. Off. an Wilhelm Ock, Schmiedeberg I. Klaf.

Suche für 1. Juli oder früher eine **2-3-Zimmer-Wohn.** mit Küche. Angeb. unter F 697 an d. "Boten" erb.

**3-5-Zimm.-Wohnung
in Warmbrunn**

von alt. Ehepaar f. bald,
Juli oder Oktober gesucht.
C. N. Grätner, Sechshäute

**Eine 3-Zimmer-Wohnung
zu mieten gesucht.**

Offerten unter E 391 an
d. Exped. d. „Boten“ erb.

**Männer-
Gesang-Verein.**
Bautz Freitag Weißes Roß.

Stadttheater.

Heute Donnerstag 8 Uhr:
Zu Schauspielpreisen!
Zum vierten Male:
Frühlingserwachen.

Kindertragödie von Franz
Weyland.

Freitag abends 8 Uhr:
Benefit- und Ehrenabend
für Frä. Ida Lafent.
Zum ersten Male!
Bis früh um fünf.

Operettenschwan
von Paul Linde.

Sonnabend abend 8 Uhr:
Vorstellung für das
Gewerkschafts-Kartell.
Zu ganz kleinen Preisen!
Preciosa.

Schauspiel mit Gesang
von R. A. Wolf.

Musik v. C. M. v. Weber.
Mit Herrn Felix Kautel,
Berlin, als Gast,
u. unter gütig. Mitwirkn.
der Gesangschor v. Frau
Mägiger hier.

**Konditorei
Zackenklause,
Petersdorf.**

Pärl. Irisch. Gebäck
Torte mit Schlagsahne.

**Reibnitz.
Gerichtskretscham.**

Sonnabend, d. 29. März,
mit ganz neuen Dekor.:
Theateraufführungen.

Spielleitung:
Carl Janede, Riechberg.
Nachmittags 4 Uhr:
Vorstellung für die große
und kleine Welt:
Snowflöhen

und die sieben Zwerge.
Abends 8 1/2 Uhr:
Neues Programm.

Königliche Operettensänger.
Die Geliebte ins Vater-
haus.

Der geheimnisvolle Brief.
Meinerle-Duett u. a. m.
Eintrittskarten vorher im
Gerichtskretscham.
Alles Näh. d. Theaterzett.

Lichtspiele im Kronprinz

Heute, Donnerstag noch die glänzenden Bilder:
Ellen Richter: Fluch des Spiels
Lia Ley: Die Universakur.

Freitag bis Montag:

Anfang 1/6 und 1/8 Uhr.
Sonntag um 4, 6, 8 Uhr.

Die Sensation von Hirschberg, Erst- u. Allein-Auff.

Fern Andras Todessprung

in dem höchstspannenden und ergreifenden Zirkus-
und Eheroman

Um Krone und Peltsche

Riesen-Drama in 6 Akten.

==== **Spieldauer etwa 2 Stunden.** ====

Infolge der ungeheueren Kosten kl. Preiserhöhung.
Loge 2.00; I. Platz 1.50; II. Platz 1.25; III. Platz 1.00.

—> Wer irgend kann, sei vor 1/6 da!

Landhauskino in Warmbrunn

Nur Freitag bis Montag:

1/6—1/8; 1/8—1/10 Uhr, Sonntag 3—10 Uhr.

Die Sensation für Warmbrunn

Tausend und eine Frau

Riesen-Drama in 6 Akten.

==== **Spieldauer etwa 2 Stunden.** ====

Glänzende, ganz neue, noch nirgends gezeigte Bilder.

Infolge enormer Kosten: III. Platz 1.00; II. 1.25;
I. 1.50; Sperrplatz 1.75.

Um gütigen Besuch beider Kinos bittet

P. Gäbler.

Kammer-Lichtspiele

Bahnhofstrasse 56.

Hirschbergs elegantestes Lichtspiel-Theater.

Freitag bis einschl. Montag:

**Kolossal-Detektiv-Film von über-
raschend interessanten Bildern.**

**Der Meister aller Detektiv-Darsteller
Max Landa.**

3. Abenteuer desselben.

Der lebende Schatten

4 Akte, aus dem Leben des berühmten Detektiva.
Die Spannung der Zuschauer wird derartig
gesteigert, daß jedem der Atem stockt.

Frau Gräfin.

Reizendes Lustspiel in 2 Akten mit
Hanne Brinkmann.

Erkennungszeichen:

Seelenvoller Blick.

Lustspiel in 1 Akt. In den Hauptrollen

Max Agerty — Edita Seidel.

Der Darsteller Max Agerty ist der Leiter der
Kammer-Lichtspiele.

==== Gute Orchester-Musik. ====

Beginn 1/6 Uhr. Sonntags 3 Uhr.

Demnächst der
Riesenerfolg: **Das Karussell des Lebens.**

Achtung! Nur für Erwachsene!

Apollo-Theater

Alttestes und renom. Lichtspiel-Theater.

Auf allgemeinen Wunsch

nachdem tausende von Menschen unser Theater nicht
lassen konnte beim ersten Spiel, bringen wir

ab Freitag bis Montag, 31. März
nochmals

das Tagesgespräch Hirschbergs
die grösste aller Sensationen:

**Der Weg der zur Verdammnis führt
Der Leidensweg der Unschuld.**

Mütter- und Kind-
vor Schloven-Händlern
Darfurchbare
Mädchen-Mendel.



**Der Weg der zur Verdammnis führt
Der Leidensweg
der Unschuld.**

Das Schicksal der Anne Wolter.

Mit Unterstützung des National-Komitees zur
Bekämpfung des Mädchenhandels.

Die Gefahren der Großstadt — die Verschleppung
armer, bedürftiger Mädchen in die Freudenhäuser und
Easterhöhlen wahrheitgetreu vor Augen führend.

Ein Mahnruf an Eltern und Töchter!

An diesen Tagen:

Große Fremden-Vorstellung

Anfang nachmittags 4 Uhr.

Um gütigen Zuspruch bittet

Joh. Wardatzky, Kinobesitzer.

Alleiniges Theater am Platze

mit sinnemässiger Erklärung.

Stimmungsvolle Musik.

Petersdorf, Hotel „Silesia“.

Sonnabend, den 29. d. M., abends 7 1/2 Uhr:

Humoristischer Abend

Auftreten des Petersdorfer Humoristen H. Fischer.
Eintritt 75 Wa. Tanzschelle 1.50 Wa.

Gäste willkommen.

Verein der Kutscher und Haushälter.

Sonnabend, 29. März, abds. 8 1/2 Uhr

Konferenz

im Gasthof „Zum Kronprinz“.
Zahlreiches Erscheinen der alten Mit-
glieder erwünscht.

Das Komitee.

Waren - Einkaufs - Verein für Hirschberg und Umgegend. An unsere Mitglieder.

Die Lebensmittelabschnitte von Stadt und Land sind nicht mehr an das Lebensmittelamt resp. Kreis-Eink.-Gesellschaft, sondern bis zum 31. d. Mts. an uns einzureichen.
Der Vorstand.

Strümpfe ♦ Socken

Kindersöckchen
Ersatzfüsse

alle Größen :: große Auswahl
beste u. haltbare Qualitäten
zu heute möglichst
billigen Preisen.

Strumpfwaren- u. Wollhaus
Oscar Böttcher

Schildauerstr. 8.

Kaffeemühlen
Mehl- und Milch-Siebe
Fleischmühlen
Wringmaschinen
mit prima Gummizwalzen
Reibmaschinen
Messersputzmaschinen
Porz.- u. Serpentin-Mörser
empfiehlt

M. Jente, Bahnhofstr. 10
Fernruf 248
Haus- und Küchen-Magazin.

Vorschriftsmäßige
Schreibhefte
für alle Schulen,
sowie sämtliche
Schulartikel
empfiehlt

Wilhelm Baerwaldt,
Schildauerstr. 19.

Leiterwagenräder
in allen Größen
vorrätig.

Paul Köhler, Hirschberg,
Bahnhofstraße 13.

**Füchse,
Marder,
Iltis,
Fischotter,
Katzen,
Kanin**

kauft zu höchsten Preisen

H. Grollmus,
Hirschberg, Markt 35.

KEG Mohrrüben KEG

zu Futterzwecken, p. Ztr.
5 #, zu haben

Gemüse-Dörranstalt

KEG Warmbrunn. KEG

KEG Gemüsesorten KEG

allerbeste Sorten:
Weißkohl, Pfd. 60 #
Wirsingkohl, Pfd. 80 #
Wasserrüben, Pfd. 2 #
Mohrrüben, Pfd. 25 #
Insofern der Vorrat reicht.
Kreis-Einkauf-Gesellschaft
m. b. H.

KEG Hirschberg i. Schl. KEG

Aeusserst günstiges Angebot!

Wäsche-Stickereien

sehr feine Qualität,

Balist-Kragen

in allen Preislagen,

Haarschmuck

in grosser Auswahl

Blusenseide, kariert

äuusserst preiswert.

Fa. Grete Herrmann,
Schildauerstr.

Suche zu angemessenen Preisen zu kaufen:

Ältere Häkeldecken

mit Figuren- oder Blumenmuster, gezeichnete
Decken, Filzdecken, schöne alte Stickereien in
Seide, Wolle oder Berlin, wie: Sofaissen,
Altnachzügige, Notizbücher, Berlin-Kinders-
handen, gestickte Bilder und Ofenschirme, alte
Gobelins, gestickte Teppiche, Tabaksbeutel,
ganz aus Berlin, alte, echte, weiße Spitzen,
irrefühliche Tücher, Creve de Chine-Tücher usw.

— Bernert —

**Alte Porzellane,
Glassachen**

als: Tassen, mit Blumen, Personen, Städten,
Landschaften und Porträts bemalt, Teller,
Terrinen, Figuren, Gruben, weiße u. bunt
geschliffene Gläser und Vasen, Gläser mit
viereckigem Fuß, alte geschliffene Kristall-
sachen, schöne bemalte Dosen, Zuckerlasten,
Zuckerschalen, Zuckersangen, Kellen und alle
Kostede, schöne Delbilder, Waffelbilder, alte
Miniaturen, Kupferstücke, Stammbücher,
Schmucksachen, Krüge usw. Angebote unter
W 578 an die Expedition des „Boten“ erbet.

Der geehrten Einwohnerschaft von Clausnitz
und Umgebung mache ich bekannt, daß ich in Claus-
nitz Nr. 24 von heute ab

eine **Tischlerei**

errichtet habe

und empfehle mich zur Anfertigung aller in mein Fach
schlagenden Arbeiten bei zeitgemäßen Preisen.

Reparaturen führe ebenfalls aus.
Hochachtungsvoll

Hermann Ansorge,
Tischler.

**Schnürsenkel, Lederschnürriemen,
Strumpf-Bänder und -halter,**

Zwische, Einlegesohlen, Sohlenschoner, braune
und schwarze Schuhcreme, Hosenträger und Ersatz-
teile, Lederwaren, Reißhemden, Wärfen aller
Art, Besen und Kämme aus Horn

In jeder Preislage empfiehlt für Wiederverkäufer billigt

F. H. Raspe,

Berlin O. 34, Siegnitz.

Friedenstr. 69.

Anfragen aus Siegnitz nach Siegnitz erbeten.

Gebirgs-Leiterwagen



stark gebaut,
Pflach-
speichen, ge-
schweißte
Rollen in
allen Größen
empfiehlt

Paul Köhler, Hirschberg,
Bahnhofstraße 13.

Strohhuüte

in allen Geflochten
zum Umnähen, pressen
und Färben,

Panamahuüte

u. Waschen u. Neuformen
nimmt an

Wilhelm Hauke,

Schiele Burgstraße Nr. 23.